

# Der Maler

Organ des Verbandes der  
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags  
Abonnementpreis 3 M. pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 26, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postkontonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

## Der Gewerkschafter und die Nichtwähler.

10 057 500 deutsche Staatsbürger haben bei der letzten Reichstagswahl am 20. Mai 1928 von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht. Es sei gleich vorweg gesagt, das ist eine gewaltige Ziffer, deren Höhe weder dem deutschen Volke noch dem demokratischen Gedanken Ehre macht. Die in der Ueberschrift angegebene Zahl der Nichtwähler stellt fast ein Viertel der gesamten deutschen Wählerschaft dar, die am 20. Mai 1928 rund 41,2 Millionen Menschen betrug. Noch ein anderer Vergleich rückt die Größe und die politische Bedeutung des Heeres der Nichtwähler in das rechte Licht. Deutschlands größte Partei, die Sozialdemokratische Partei, erhielt bei der letzten Reichstagswahl 9 150 500 Stimmen und zog mit 153 Abgeordneten in das Reichsparlament ein. Die Partei der Nichtwähler hätte auf ihre mehr als 10 Millionen Stimmen 168 Mandate erobern und so zur stärksten Fraktion des Reichstages werden können, da auf je 60 000 Wählerstimmen ein Mandat entfällt. Das zur zahlenmäßigen Würdigung dieser traurigen Ziffer; nun zu ihrer auch für den Gewerkschafter eminent wichtigen politischen Bedeutung.

Wollen wir diese Ziffer, um dem Volk häufiger zu Selbe geben zu können, dann müssen wir erst einmal festzustellen versuchen, wer diese am wirtschaftlichen und politischen Leben ihres Volkes so wenig interessierten Menschen eigentlich sein mögen. Für einen Teil, wie es scheint aber nur einen kleinen Teil jenes Zehn Millionenheeres gelten berechnete Entschuldigungsgründe. Als solche seien genannt Krankheitsfälle, die das Verlassen des Krankenhauses auf das aller ernsthafteste verbieten, und Aufenthalt im Auslande. Für den sehr viel größeren Rest sind Entschuldigungsgründe nicht auffindbar. Denen, die es im Mai 1928 versäumt hatten, in die Wählerlisten

Einblick zu tun, um sich zu überzeugen, ob sie ihr Wahlrecht an ihren Wohnorten auszuüben berechtigt wären, sei der dringende Rat erteilt, diesmal auf der Hut zu sein. Gewerkschaftskollegen, fragt eure Mitarbeiter, besonders die, die erst kürzlich ihren Wohnort gewechselt haben, ob sie sich davon überzeugt haben, daß ihr Name in der Wählerliste steht. Sagt ihnen, daß es von ihrer Stimme abhängt, wieviel Arbeitslosenunterstützung und Krankengeld sie künftig bekommen, wieviel Steuern sie zahlen müssen, wie sich der Warenpreis gestalten wird und ob auch künftig die Regierung helfen wird, die Löhne abzubauen oder nicht.

Den andern, die ausgerechnet am Wahltage den unausschiebbaren Familienausflug machen, oder die gerade am 14. September ohne Wahlschein Onkel und Tante im Nachbarort besuchen wollen, denen sagt, daß am 14. September überall gewählt wird, und mit Hilfe des Wahlscheines jeder Deutsche auch überall wählen kann. Wer das unterläßt, den kommt der Ausflug oder der Familienbesuch teuer zu stehen. So teuer vielleicht, daß er künftig weder an einem Wahltage noch an einem andern Tage überhaupt stattfinden kann. Beweist das denen, die das oder etwas Ähnliches vorhaben, mit den Argumenten, die im vorhergehenden Abschnitt angeführt sind.

Und nun zu jener hochinteressanten Gruppe deutscher Staatsbürger, die mit der Geschwindigkeit eines feuernden Maschinengewehrs die Namen aller Parteien aufzählen, die sie seit der Revolution alle schon einmal gewählt haben und daran den weltbekanntesten Kommentar knüpfen, daß sich deshalb immer noch nichts geändert habe. Denen sagt, daß kein Wahlakt imstande ist, das schwierige Erdendasein

mit plötzlichem Ruck in ein paradiesisches Freudental zu verwandeln. Sagt ihnen aber auch, daß der Stimmzettel schon viel verändert hat, worüber auch sie schon weiblich geschimpft haben. Sagt ihnen, daß die Millionen der Nichtwähler und die, die arbeiterfeindliche Parteien gewählt haben, schuld daran sind, daß künftig für jeden Krankenschein 50  $\text{M}$  und für jede Medizin 50  $\text{M}$ , zusammen also 1  $\text{M}$ , gezahlt werden muß. Schlußfolgert daraus weiter, daß, wenn jetzt wieder so gehandelt wird, bald auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung herauskommen wird, wonach zwar hohe Krankenkassenbeiträge gezahlt werden müssen, das Kranksein aber verboten wird.

Noch einige Worte über eine andere Ziffer. Bei der letzten Reichstagswahl sind 428 400 ungültige Stimmen abgegeben worden. Darauf wären 7 Mandate entfallen, die beispielsweise bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schon ausgereicht hätten, um die Straffsteuer für die uns eigenen Konsumvereine nicht zum Gesetz werden zu lassen. Leistet auch hier, wo ihr nur irgend könnt, Aufklärung und Hilfe. Sagt allen, daß man beim Wählen keine Angst zu haben braucht, daß die Wahlurnen Operation in wenigen Sekunden erledigt ist und hinter dem Verschlag ungehindert jeder sein Kreuz sich zimmern kann. Sagt allen, die sich unsicher fühlen — und das sind ja nicht wenige — daß das Kreuz nur in einen der vielen Ringe gemacht und nur ein Wahlzettel in den Umschlag gesteckt werden darf. Eins aber vergeßt bei all dem nie. Schärft es allen, aber auch allen ein, daß es vollkommen zwecklos ist, in der Zahl der Kreise auf dem Zettel lange zu wählen. Es soll direkt von oben begonnen und das Kreuz sofort in den obersten Kreis gemacht werden. Dann ist alles in Ordnung, technisch und auch politisch.

## Wie wählt der Gewerkschafter?

Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist es nicht schwer, in diesem kommenden Wahlkampf Stellung zu nehmen. Für sie versteht es sich ganz von selbst, daß sie ihre Stimme nur der Sozialdemokratie geben kann.

Die Sozialdemokratie hat in der Regierung Hermann Müller den Youngplan zum Abschluß geführt und mit Stresemann die Rheinlandbefreiung erreicht.

Die Sozialdemokratie hat mit Severing der Lohnbaupolitik des rheinisch-westfälischen Großkapitals einen Niegel vorgeschoben, den jetzt ein Zentrumminister Stegerwald wirkungslos macht.

Die Sozialdemokratie hat mit Minister Wißell den Abbau der Sozialpolitik verhindert und sich insbesondere bis zum äußersten gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung gewehrt.

Die Sozialdemokratie hat durch Severing dem putschistischen Nationalsozialismus die Mittel zur Errichtung seiner Ordnungszelle in Thüringen gesperrt.

Die Sozialdemokratie hat in der Opposition am nachhaltigsten den Kampf gegen die ungerichte Besteuerung der Konsumvereine geführt.

Die Sozialdemokratie ist den Brüning-Entwürfen in Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung am schärfsten entgegengetreten.

Die Sozialdemokratie hat die arbeiterfeindlichen Angriffe auf die Krankenversicherung gebrandmarkt.

Die Sozialdemokratie hat die Entrechnung der Kriegsinvaliden und Wöchnerinnen zurückgewiesen.

Die Sozialdemokratie hat mit aller Schärfe die unsoziale Ledigensteuer bekämpft.

Die Sozialdemokratie hat aber nicht nur fruchtlose Opposition getrieben, sondern sie hat unaufhörlich Mittel und Wege zur Gesundung der Reichsfinanzen aufgezeigt.

Die Sozialdemokratie hat Steuern vorgeschlagen, die auch den Besitz entsprechend seiner Tragfähigkeit heranziehen.

Die Sozialdemokratie hat beantragt, die Kosten der Arbeitslosenversicherung durch erhöhte Beiträge und Reichszuschüsse zu decken. Nicht die Arbeitslosen dürfen das Opfer der Reichsfinanznot sein.

Die Sozialdemokratie hat die Vereinheitlichung der Organisation der Krankenkassen vorgeschlagen, die enorme Verwaltungskosten ersparen würde.

Die Sozialdemokratie hat eine Begrenzung der Pensionen der Großpensionäre beantragt, die den Reichshaushalt stark belasten, und im Reichstagsauschuß bereits durchgeführt.

Die Sozialdemokratie hat dem Spiel mit dem Diktaturparagrafen den äußersten Widerstand geleistet und damit die Demokratie verteidigt.

Die Sozialdemokratie hat die Wieder-  
aufhebung der vom Reichspräsidenten auf Grund

des Artikels 48 erlassenen Diktaturverordnungen durchgeführt.

Die Sozialdemokratie war es, die dadurch die Reichstagsauflösung erzwungen hat und erreicht, daß das deutsche Volk selbst entscheidet.

Die Sozialdemokratie hat an die Stelle der Diktaturgelüste einer volksfeindlichen Regierung die Volksbefragung gesetzt.

Die Sozialdemokratie hat damit die demokratische Republik vor dem Selbstmord bewahrt.

Ein deutscher Arbeiter, der sich das alles überlegt, kann gar nicht anders, als am 14. September der Sozialdemokratie seine Stimme geben. Und jeder Arbeiter wird seine Mitarbeiter, seine Frau und wahlfähigen Familienangehörigen aufklären, daß keine Stimme des arbeitenden Volkes der Sozialdemokratie verlorengehen darf.

Die deutschen Gewerkschaften wissen, daß es in diesem Wahlkampf um die Zukunft der Arbeiterklasse und zugleich um die Existenz der deutschen Republik und ihres sozialen Inhalts geht. Sie fühlen sich in diesem Kampfe um die Erhaltung der Republik einig mit der Sozialdemokratie für die Verteidigung der Sozialpolitik, für die Wahrung der Volksrechte.

Deshalb vorwärts zum Kampf für Demokratie und Sozialismus.

**für das arbeitende Volk,  
für die Sozialdemokratie!**

### Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1929.

Die Wirtschaftslage im Berichtsjahre, die sich in einer ungemein starken Beschäftigungslosigkeit ausdrückte, war der Entwicklung der Gewerkschaften nicht günstig. In solchen Zeiten schwerer Depression leidet die Werbekraft der Gewerkschaften, während andererseits bei der zur Regel gewordenen monatelangen Arbeitslosigkeit für die davon betroffenen Mitglieder die Gefahr besteht, die Verbindung mit ihrer Gewerkschaft zu verlieren. Zu der schwierigen Wirtschaftslage gesellte sich dann noch das gewerkschaftsschädliche Treiben der kommunistischen Partei, die glaubte, diese schwere Zeit mit Zuhilfenahme der „klassenbewußten“ Unorganisierten mit Erfolg zu einem Sturmangriff auf die Gewerkschaften ausnützen zu können. Aber trotz der großen Arbeitslosigkeit und der verstärkten Aktion der gewerkschaftsfeindlichen Elemente war es den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Verbänden nicht nur möglich, ihren Mitgliederbestand aufrechtzuerhalten, sondern sie konnten ihn noch weiter steigern. Freilich ist der Mitgliederzuwachs nur bescheiden und nicht vergleichbar mit dem sehr erfreulichen Aufstieg des ADGB im Vorjahre.

Verbände	Es hatten Mitglieder			
	am Ende des Jahres		im Jahresdurchschnitt	
	1929	1928	1929	1928
Baugewerksbund	489 885	458 048	478 550	471
Bekleidungsarbeit.	76 778	79 797	78 597	37 776
Bergbauindustriearbeiter	198 024	198 358	197 513	271
Buchbinder	58 574	57 166	57 922	39 379
Buchdrucker	88 573	83 908	86 681	—
Buchdecker	11 446	11 097	11 350	—
Eisenbahner	250 683	243 611	248 552	1 566
Fabrikarbeiter	469 532	477 335	474 459	95 167
Fenerwehrmänner	7 482	7 424	7 559	—
Filmgewerkschaft	—	—	—	—
Friseurgehilfen	4 452	4 242	4 313	558
Gärtner	11 379	10 657	10 997	1 537
Gem.- u. Staatsarb.	281 337	257 933	270 008	41 718
Graph. Hilfsarb.	41 007	41 111	41 186	26 214
Holzarbeiter	315 155	313 544	315 621	21 170
Hotel-, Restaurat.- und Café-Angest.	31 492	29 618	30 823	8 189
Hutarbeiter	16 932	18 165	17 617	11 078
Kupfer Schmiede	7 268	7 185	7 280	—
Landarbeiter	179 626	178 098	167 444	15 696
Lederarbeiter	35 756	37 540	36 622	7 665
Lithographen	24 528	24 152	24 656	34
Maler	60 377	56 813	59 171	236
Maschinisten	52 816	51 777	51 348	26
Meiker	12 487	12 105	12 272	156
Metallarbeiter	965 443	944 310	953 891	70 584
Musiker	22 827	23 509	22 798	543
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter	179 067	168 576	173 874	35 243
Sattler, Tapezierer und Portefeinler	31 411	31 406	31 448	5 443
Schornsteinfeger	3 073	2 952	3 026	—
Schuhmacher	72 201	77 233	74 293	32 981
Steinarbeiter	67 982	68 970	70 357	485
Tabakarbeiter	74 241	78 282	76 181	59 124
Textilarbeiter	297 061	310 941	303 269	174 776
Verkehrsbund	399 533	390 360	394 561	34 800
Zimmerer	109 539	110 676	111 994	—
Zusammen	4 948 267	4 866 898	4 906 228	722 892
1928	—	—	4 653 586	712 430

\* Verband hat nicht berichtet.

Dem ADGB sind 35 Verbände angeschlossen, die zusammen 43 802 Zweigvereine zählen. Die gesamte Mitgliederzahl bezifferte sich Ende 1929 auf 4 948 267 gegen 4 866 898 im Vorjahr; es ist demnach ein Zuwachs von 81 369 Mitgliedern erfolgt. Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Mitgliederbewegung bei den einzelnen

Verbänden innerhalb des Berichtsjahres und ihren Mitgliederbestand im Durchschnitt des Jahres.

Die Einnahmen und Ausgaben der Verbände haben sich im allgemeinen im Berichtsjahre günstiger gestaltet als bei der schwierigen Wirtschaftslage vorausgesetzt werden konnte. Es vereinnahmten die Verbände insgesamt 251 385 248 M. gegen 221 696 195 M. im Vorjahre. Im einzelnen sehen sich die Einnahmen aus folgenden Posten zusammen:

	1929 M.	1928 M.
Eintrittsgelder	562 352	711 812
Verbandsbeiträge	191 640 830	173 282 990
Derbliche Beiträge	39 580 970	30 347 382
Ertragsbeiträge	1 147 406	1 240 580
Zinsen	6 069 902	4 370 241
Sonstige Einnahmen	12 383 788	11 743 190

Von der insgesamt erzielten Mehreinnahme von 29 689 053 M. kommen auf Verbandsbeiträge allein 18 357 840 M. Auf jedes Mitglied kamen 1928 37,24 M. und 1929 39,06 M. an Verbandsbeiträgen. Die Steigerung je Mitglied ist demnach nicht erheblich. Ein gut Teil davon entfällt auf die höhere Beitragsleistung durch Einführung der Invalidenunterstützung. Auch die Einnahme an Lokalbeiträgen weist einen höheren Betrag als im Vorjahre aus, der im wesentlichen auf die Steigerung der Mitgliederzahl zurückgeführt werden kann.

Die Gesamtausgabe betrug 202 944 077 M. gegen 189 363 911 M. im Vorjahre.

	1929 M.	1928 M.
Es wurden verausgabt für:		
Unterstützungen	86 793 180	62 540 817
Arbeitskämpfe	18 304 760	32 224 377
Presse und Bildungsreisen	13 254 726	11 865 847
Agitation und Organisation	21 446 281	18 667 658
Sonstiges	9 372 657	11 873 705
Verwaltung	58 772 473	52 192 007

Die Ausgabe für Unterstützungen stieg um 24,3 Millionen Mark, sie allein machte 42,8 % der gesamten Ausgaben aus. Die Kosten für die Arbeitskämpfe gingen dagegen um 13,9 Millionen Mark zurück. In diesen beiden gegenwärtigen Erscheinungen kommt der Krisencharakter des Jahres 1929 am deutlichsten zum Ausdruck. — Von den Unterstützungsleistungen kamen im einzelnen auf:

	1929 M.	1928 M.
Arbeitslosenunterstützung	45 231 487	28 059 354
Krankenenunterstützung	27 274 707	24 102 272
Invalidenunterstützung	4 278 923	2 900 016
Sterbefallunterstützung	4 309 938	3 343 630
Sonstige Unterstützungen	4 743 464	3 318 392
Rechtschutz an Mitglieder	954 661	817 153

Bei allen Unterstützungsarten ist die Ausgabe gestiegen, am stärksten bei der Arbeitslosenunterstützung, die 1929 allein reichlich die Hälfte der Gesamtausgabe für Unterstützungen ausmachte. Unter dem Posten „Sonstige Unterstützungen“ befinden sich die Ausgaben für Reise-, Umzugs- und Notfallunterstützung. Die Erhöhung der Ausgabe für Invalidenunterstützung beruht im wesentlichen auf der vermehrten Einführung dieser Unterstützungsart bei den Verbänden.

### Preisfragen.

Von Dr. Otto Ehrlich

Wer gelegentlich ins Kino geht, wird sich erinnern, in wie eindrucksvoller Weise die moderne Filmtechnik die Schauer wahnsinniggleicher Angst wiederzugeben vermag, wie ein von Höllenschrecken gepöckelter Mensch in qualvollem Zittern die Ausrufe: „Hilfe, Hilfe“ ausstößt, wie diese zwei Worte zuerst klein auf der Leinwand erscheinen, dann immer größer und größer werden, bis sie über den Rand der Leinwand hinaus gleichsam dem Zuschauer an die Brust greifen und ihm das Herz zusammenschnüren. Hier ist es die Einmaligkeit der Todesangst, mit deren Darstellung der Filmdichter unser seelisches Gleichgewicht erschüttert. Warum versucht er nicht die gleiche oder vielleicht noch stärkere Wirkung mit der zermalmenden Wiederholung

minder plötzlicher, aber unerbittlich regelmäßig auftretender Angst zu erzielen. Er schildert doch einmal den Gemütszustand der Frau des Arbeitslosen, der beim täglichen Einkauf hinter allen Preistafeln das Wort: Teuerung entgegenrinf.

Er versuche überhaupt einmal das Drama der „Teuerung“ zu schreiben. Das Dramatische möge er beistellen, hier sei er über das Technische orientiert, wann und warum die Preise steigen, wie die Preise sich bilden, mit einem Wort die Preisfrage.

In unserer modernen Wirtschaft, in der die Menschen nicht mehr wie in alten Zeiten alle Lebensbedürfnisse durch ihre eigene Tätigkeit befriedigen können, sondern durch Tausch auch die ihrer Nachbarn in Anspruch nehmen, wird aber nicht mehr Ware gegen Ware, sondern Ware gegen Geld und Geld gegen Ware ausgetauscht, und die große Frage ist: in welchem Verhältnis? Wieviel Geld muß ich hingeben, wenn ich kaufe, und wie viel erhalte ich, wenn ich verkaufe?

Die nächstliegende Antwort: Der Preis bildet sich je nach Angebot und Nachfrage, sagt von den Preisen nichts anderes aus, als daß sie Schwankungen unterworfen sind, aber nicht, um welchen Punkt herum sie schwanken und daß sie sich von diesem Punkt normaler Weise nie sehr weit entfernen. Dieser Punkt ist der sogenannte kapitalistische Produktionspreis. Er setzt sich zusammen aus den Produktionskosten der Ware und aus dem Profit. Produktionskosten sind die Kosten des Rohmaterials, Regieposten aller Art und Arbeitslohn. Was aber ist der Profit, wenn wir die Entlohnung für jede zur Herstellung des Produkts geleistete Arbeit — auch die von Direktoren, ja selbst von Unternehmern — unter die Produktionskosten rechnen?

Zweifelloos ein arbeitsloses Einkommen! Aber wie entsteht es?

In den ältesten primitiven Gemeinwesen, in denen alle Mitglieder wirtschaftlich und sozial gleichgestellt sind, gibt es kein arbeitsloses Einkommen. Erst Eigentums- und Machtverschiedenheiten, die sich im Laufe der Geschichte entwickeln, beseitigen die ursprüngliche Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und teilen die Menschen in Ausbeuter und Ausgebeutete; sei es durch physische Gewalt, wie im Altertum — man denke an die Sklaverei — oder durch die in juristischen Künsten eingepöckelte Ungleichheit des Mittelalters — der selbige Bauer war nach dem geltenden Recht zu Abgaben und Fronarbeit gezwungen. Im Nebel verborgen und daher von ihren Nutznießern bestritten ist die Ausbeutung jedoch erst, seitdem durch die große französische Revolution und die mittel-europäischen Revolutionen des Jahres 1848 die militärisch-despotisch-feudale Gesellschaftsordnung durch die grundsätzlich auf der Rechtsgleichheit beruhende bürgerliche Gesellschaft abgelöst worden ist. Wie kann es in einer solchen Gesellschaft noch Ausbeutung geben? Stehen denn nicht alle Menschen einander gleichberechtigt gegenüber? Ja, aber darauf allein kommt es nicht an. Die Ausbeutung ist, wie die Tatsachen zeigen, nicht ver-schwunden. Karl Marx hat gezeigt, wie an Stelle der Macht- und Rechtsmonopole früherer Zeiten — Monopol heißt: Alleinverfügungsrecht — das Besitzmonopol der Kapitalisten, das Alleinverfügungsrecht über die Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen, Rohstoffe usw.) getreten ist. Dieses zwingt die Proletarier, die nichts besitzen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu verkaufen. Damit haben die Kapitalisten aber auch die Macht, den Arbeitern einen Teil des vollen Arbeitsertrages vorzuenthalten. Und dieser den Arbeitern abgepreßte Teil des vollen Arbeitsertrages führt den Namen Profit.

Wenn wir nach dieser theoretischen Untersuchung nunmehr die geschichtliche Entwicklung der Preise bis in die Gegenwart verfolgen wollen, so dürfen wir nicht vergessen, vorher darauf aufmerksam zu machen, daß das Steigen und Fallen der in Geld ausgedrückten Preise natürlich auch von der Veränderung des Geldwertes beeinflusst wird. Im Laufe der Geschichte hat es infolge der ständigen Revolutionierung der Gold- und Silberproduktion, der Auffindung neuer Fundstätten und des Versiegens

### Höfliche Menschen.

So ist nun das Leben. Nichts wirkt unangenehmer und störender als Kontraste, die sich aufdringlich auf Herz, Auge und Gemüt legen. Wir als Maler können davon ganz besonders ein sach- und sachmännisches Liedchen singen. Die Compositoren der Farbe sind wohl in gleichem Maße in der Lage, das Innerste des gefühlsmäßigen Menschen bis zu seine unergründlichsten Tiefen anzujahnen, wie Beethoven's Klänge, die wir noch wochenlang im Innern nachklingen.

Und doch ist es nur Schein. Gehe mit dem besten Auge und feinstem Ohr durch den Jargon der Welt und du findest nichts als Kontraste, Gegensätze, Widersprüche und Paradoxien. Freust du dich auf den Sonntag, ist er verregnet; willst du in der Lotterie gewinnen, ist es eine Niete; glaubst du, du hast endlich eine zu dir passende Liebste, hast sie mit dem andern ab; willst du vom Arbeitsamt Arbeit haben, wird dir bedient, keine Unmöglichkeiten vom Leben zu fordern, alles kannst du dort verlangen, nur keine Arbeit; fühlst du dich krank, erklärt der Arzt der Krankenkasse, daß du noch viel gesünder bist als der gesündeste Fisch im Wasser; willst du vom Meister mehr Lohn haben, fühlst er sich beleidigt und überlegt, ob er nicht eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Erpreßung einreichen kann; verlangen wir bei der Tarifverhandlung 5 % pro Stunde mehr, fesseln die Geiger fest, daß wir 15 % zuviel haben und beantragen die Kürze um diesen Betrag; hast du dich geschunden den lieben langen Tag und glaubst dich am nächsten etwas im Vorteil, kommt der Meister am nächsten Morgen und hält dir den Leistungsnormvertrag unter die Nase; glauben wir, wir haben jetzt eine von allen Parteien unabhängige Regierung und die wird schon machen, wird ein Paragrafen nach dem andern gebant; und wollen wir nachdem die demokratischen Machtmittel des Staats anwenden und in der Opposition im Spruch-

auspruch des Volkes unser gutes Recht in entsprechender Weise fordern, so schickt man den Reichstag nach Hanse und artikuliert mit § 48. „Und so weiter und so weiter“, sagt Otto Reutter. Den einen im Uhl ist den andern im Nachigall.

So ist nun das Leben, und so sehen die Märchen der Wirklichkeit aus. Und solche Gegensätze gibt es auch bei den Menschen selbst, und davon wollte ich ja eigentlich erzählen.

Die Maler sind eigentlich im allgemeinen ein Menschenvolk von urgermanischer Art. Kurz und schlank, mit wenigen Oedern, klugem Auge, hoher Stirn und mehr oder weniger gepflegter Kopfbearbeitung darüber. Die Wangen entsprechen meistens dem uns heiligen Wahrspruch: Die Kunst geht betteln, aber sonst ist alles im Lot. Unser Kollege K. war nun das ganze Gegenteil von dieser Rassenlehre. Klein und niedrig, ein dickes Köpfchen, in dem die immer freundlichen Augen bald zu wachsen drohten. Unter dem Kinn stellte man die Vorgebirge gut verlebter Inflationsjahre fest, und hinten wurde der Kopf mit einer Anzahl internationaler Spedakten beendigt. An diesem Haupte hing das Bändchen, ängelrund und kerngesund; ein Hals war aus zweckmäßigen Gründen gar nicht erst vorhanden. Und Händchen hatte er, jeder Finger ein Damm. Dementsprechend waren auch die andern Mitglieder seines Verdauungsvereins. Das Schicksal hatte ihn jedenfalls aus Versehen auf der Sonnenseite des Lebens fallen gelassen, und daran war nun leider nichts, aber auch gar nichts mehr zu ändern.

Wir nannten ihn wegen seiner Drolligkeit kurz und bündig „Teddy“. Modern Veranlagtere ehrten ihn durch das verführerische „Kugelhäuschen“. Doch war das nur vereinigt und durch eine lustige Begebenheit wurde er ganz umgekehrt und war dann nur noch bekannt unter dem Namen Teddy. Dieses Ereignis spielte sich folgendermaßen ab. Teddy war arbeitsamtlicherseits zum Mitglied

unserer raumkünstlerzeugenden Gemeinde ernannt worden und beschäftigte sich mit Lineal und Dreizehn auf dem Bauche liegend am fließenden Band. Die Frühlingssonne wärmte ihm die Kehre der Medaille und gab dieses Götterbild einem postveranlagten und hoffnungsvollen Malerlichter Veranlassung, folgende Reime zu verbreiten. Sie lauteten:

Der Lenz beginnt, Teddy sagt sich. Gedichtet von mir. Wenn der Frühling zieht ins Land und die Sonne wärmt uns wieder, kommt der Teddy angerannt und streckt seine krummen Glieder. Und dann legt er voller Wonne mit dem Bauch sich in die Sonne Und fängt mit dem Hintern Fliegen, ach, ist das ein süßes Viehchen.

Seit dieser Zeit war es unmöglich, seinen rechtmäßigen Namen zu erfahren. Auf dem Arbeitsamt war er ein gern gesehener Gast. Die wolkenbedeckte Stirn des Fachvermittlers klärte sich, wenn Teddy seine Visitenkarte vorlegte. Entschuldigen Sie, darf ich Sie mal fragen, was die Zahlen hier oben bedeuten; würden Sie die Freundlichkeiten besitzen und mir einen Fingerabdruck zum Selbstkostenpreise abgeben; haben Sie, bitte, die Güte, berücksichtigen Sie mich bei Verteilung von — Freikarten für das Arbeitslosenkonzert; ach, seien Sie mir nicht böse, wenn ich Sie frage, ob ich den 2. Osterfeiertag auch zum Stempeln kommen darf, und so war er die Höflichkeit selbst. „Herr K., Sie sind doch erst um 9 Uhr bestellt, es ist doch erst 10 nach 8 Uhr.“ Aber bitte, bitte, Herr drumherum und draufaufdrückender Arbeitsamtsdirektor, ich habe meine Uhr in ein andres Amt geschickt und sie ist infolge des fehlenden rollenden Materials noch nicht wieder zurück, und da habe ich mich bedauerlicherweise verfrüht, und dann, Herr Arbeitsbeamter, ich halte es sehr mit der Pünktlichkeit. Wenn ich das Vergnügen habe, mir durch

alter, ganz bedeutende Veränderungen des Geldwerts gegeben.

Den Beginn der Markt- und Geldwirtschaft setzt man etwa mit dem Jahre 1250 an. Die Mitte des 13. Jahrhunderts bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts war eine Zeit steigender Preise. Die darauffolgende Zeit bis etwa 1500, die Zeit der Hussitenkriege, der Erfindung der Buchdruckerkunst, der Schweizer Unabhängigkeit, steht die Warenpreise von ihrer früheren Höhe herunterstinken; bald dagegen steigen sie wiederum in einem Maße, wie es bis in die Gegenwart herein ein zweites Mal nicht vorgekommen ist.

Wenn wir nunmehr einen letzten Blick auf die Preisentwicklung in der Gegenwart werfen wollen, so müssen wir sagen, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage, das die Preisschwankungen regeln soll, nicht mehr ganz ohne Einschränkung gilt. Seit doch heute der Unternehmer vielfach den Preis einseitig fest, wie die Aufschrift „feste Preise“ im Detailhandelsgeschäft den Kunden belehrt oder wo, wie bei Markenartikeln, die Einhaltung des vom Fabrikanten vorgeschriebenen Preises seitens des Detaillisten durch Strafmaßnahmen erzwungen wird.

Es ist nun an der Zeit, die Preisfrage zu stellen, wie man, um die Bedürfnisbefriedigung der Menschen zu verbessern, den Bestandteil „Profit“ aus den Preisen herausnehmen und diese dadurch auf die Selbstkosten herabdrücken könnte. Die Antwort lautet: Die Abschaffung der Profite ist nur durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel, das heißt durch deren Ueberführung in den Besitz der Gesamtheit möglich.

Nun wäre aber durch die planmäßige Verwendung der sozialisierten Produktionsmittel mit einem Schlag noch eine zweite Frage zu erledigen. Heutzutage steigt der Marktpreis jeder Ware nämlich immer so hoch, daß auch noch dem unmodernsten Betrieb der Durchschnittsprofit verbleibt und für alle modernen Betriebe außer dem Durchschnittsprofit noch Extraprofite entstehen. Eine sozialistische Planwirtschaft, die die Waren zum Selbstkostenpreis absetzt, kann also auch unter Berücksichtigung unmodernster Betriebe den Selbstkostenpreis der kapitalistischen Wirtschaft unterbieten.

Nicht ganz gleich, aber ähnlich ist es zum Beispiel bei der verstaatlichten Post: Die Kosten dafür, einen Brief in die Nachbargasse zu tragen, sind fast gleich Null, die Kosten für einen Brief nach Uebersee außerordentlich hoch; die staatliche Post befördert sie zu Durchschnittspreisen und zwar zu sehr niedrigen, da auf einen Fernbrief vielleicht mehrere tausend Nachbarbriefe entfallen.

Wir haben zu Beginn dieses Aufsatzes ein Kinodrama über die Teuerung vorgeschlagen. Wie wäre es, wenn der Autor das Stück mit folgenden Szenen enden ließe: Im Saale der Getreidebörse sieht man die Börsenbesucher, aufgeregter gestikulierend, miteinander Geschäfte abschließen. Da stürzt plötzlich ein Besucher aus einer Telefonzelle hervor und verkündet, daß die Regierung eben die Sozialisierung des Getreidehandels beschlossen habe. Daraufhin allgemeine Aufregung, ein Mann fällt in Ohnmacht; während man noch sieht, wie Sanitätsdiener ihn auf einer Tragbahre aus dem Saal tragen, erscheint, zuerst ver-

schwommen, dann immer deutlicher sichtbar, das letzte Bild: Hunderttausende von Arbeitern marschieren am Parlamentsgebäude vorbei, es wimmelt von roten Fahnen und Standarden, auf einmal steigen drei Flugzeuge auf, deren Unterseite mit je einem der drei Worte bemalt ist: Soch der Sozialismus!

### Arbeitsdienstpflicht und Arbeitslosigkeit.

Seit längerem wird von den arbeiterfeindlichen Parteien die Einführung der Arbeitsdienstpflicht gefordert. Die im reaktionären Sumpf marschierende Wirtschaftspartei hat sogar einen Gesetzesentwurf eingereicht, der zum Zweck hat, die Arbeitsdienstpflicht in Deutschland einzuführen. Man hofft dadurch zweierlei zu erreichen: einmal der Volkswirtschaft zu helfen und Arbeiten zu erledigen, die sonst angeblich nicht erledigt werden können, und zweitens die Jugend zu nützlichem Arbeit zu erziehen. Dabei weiß ein jeder, daß arbeitslose Jugendliche nichts sehnlicher als eine dauernde Arbeitsstelle herbeiwünschen. Die deutsche Wirtschaftskrise wurzelt in der Tatsache, daß unsere Wirtschaftsführer nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten schaffen können. In Nr. 384 der „Vossischen Zeitung“ beschäftigt sich der Genosse Raphael mit dieser Frage vom Standpunkt der Wirtschaft aus. Die Argumente der Wirtschaftspartei werden in dem betreffenden Artikel folgendermaßen zerpflegt:

„Was aber soll man dazu sagen, wenn das Rezept der wirtschaftsparteilichen Abgeordneten mit dem Satz beginnt, die Arbeitsdienstpflicht solle die deutsche Jugend zur Arbeit und Pflichterfüllung erziehen. Muß es nicht auf die jugendlichen Arbeitslosen, die täglich nach Arbeit lechzen, die stündlich bereit sind, auch die unangenehmste Arbeit in voller Pflichterfüllung zu leisten, geradezu als ein Hohn wirken, wenn man ihre „Erziehung“ zu Arbeit und Pflichterfüllung als das entscheidende Mittel zur Ueberwindung der Not anspricht? Liegt hier nicht der typische Fall der Kurpfuscherei, das heißt, der Verschreibung eines Heilmittels in voller Unabhängigkeit von der Untersuchung der Krankheit vor? Nun ist aber die „erzieherische“ Aufgabe der Arbeitsdienstpflicht nach dem Gesetzesentwurf nicht die einzige, sondern sie soll auch „neue Arbeitsmöglichkeiten erschließen, die das Recht aller Deutschen auf Arbeit verwirklichen läßt“. Wie soll das geschehen? Leidet denn unsere Wirtschaft daran, daß es an arbeitswilligen Kräften fehlt, und daß man deshalb Faulenzer arbeitsdienstpflichtig machen muß?“

Verständigen Leuten brauchte man so etwas nicht zu sagen. Aber Demagogen und wirtschaftlich rückwärtlichen Elementen gegenüber muß diese Tatsache einmal hervorgehoben werden. Wenn in dem Gesetzesentwurf Erd-, Tief-, Wasser- und Wegebauarbeiten, Arbeiten zur Gewinnung von Bodenschätzen, Meliorationen, Hilfsarbeiten für den öffentlichen Verkehr usw. als die Aufgabe des Heeres der Arbeitsdienstpflichtigen bezeichnet wird, so ist es dasselbe Programm, das die „Arbeitslosen“ zum Ziele haben. Die Notstandsarbeiten stellen sich aber selbst bei tariflichen Löhnen noch billiger, als wenn man einen Riesenapparat für die Arbeitsdienstpflichtigen aufzieht. Ein Werbespruch aus dem Gesetzesentwurf heraus: die Mittel zur Finanzierung der Arbeitsdienstpflicht sollen zur Hälfte von der Reichsanstalt und zur anderen Hälfte durch eine Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand aufgebracht werden.

Somit sollen zuerst die Gelder der Arbeiter zur Unterstützung der Arbeitsdienstpflicht herangezogen werden und zweitens den großen Versorgungsbetrieben das Leben erschwert werden, was sich naturgemäß in einer Erhöhung der Tarife auswirkt. Hoffentlich gibt die deutsche Wählerchaft diesen volkswirtschaftlichen Idioten die nötige Quittung, indem sie wählt.

Liste 1

### Welche Nebeneinnahmen darf der Arbeitslose beziehen?

1. Arbeitslosigkeit — Voraussetzung für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung. Wer Arbeitslosenunterstützung beziehen will, muß u. a. folgende Bedingungen erfüllen:

- a) Die Anwartschaft erworben haben;
b) den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nicht erschöpft haben;
c) arbeitslos sein.

Ist Arbeitslosigkeit nicht mehr gegeben, so fällt die Unterstützung fort.

2. Besteht Arbeitslosigkeit auch bei Ausübung von Gelegenheitsarbeit?

Die Ausübung von Gelegenheitsarbeit ist ohne Einfluß auf Arbeitslosigkeit; d. h. ein Arbeitsloser, der während der Arbeitslosigkeit Gelegenheitsarbeit verrichtet, wird trotzdem zu den Arbeitslosen gezählt.

3. Unterstützungsanspruch auch bei Verdienft durch Gelegenheitsarbeit?

Auch bei Gelegenheitsarbeit besteht der Anspruch auf Unterstützung. Es gibt unselbständige Gelegenheitsarbeit beim Arbeitgeber und selbständige Gelegenheitsarbeit durch eigene Tätigkeit wie Handel und dergleichen.

4. Was versteht man unter Gelegenheitsarbeit?

Nicht jede Arbeit, die der Arbeitslose während der Arbeitslosigkeit ausübt, ist Gelegenheitsarbeit.

Nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz wird unter Gelegenheitsarbeit nur verstanden:

1. Vorübergehende Dienstleistungen, die nach § 168 der Reichsversicherungsordnung der Krankenversicherungspflicht nicht unterstehen. In Frage kommen u. a.:

- a) Dienstleistungen von berufsmäßigen Lohnarbeitern, die von diesen während ihrer Arbeitslosigkeit gelegentlich, insbesondere zur gelegentlichen Aushilfe ausgedient werden. Diese gelegentlichen Dienstleistungen dürfen aber in der Kalenderwoche drei Tage nicht überschreiten;
b) Dienstleistungen, die zur schnellen Hilfeleistung bei Unglücksfällen, bei Verletzungen durch Naturereignisse, bei Verkehrs- und Betriebsstörungen und dergleichen geleistet werden, sofern die Dienstleistungen vorwiegend höchstens drei Tage dauern werden.

2. Geringfügige Beschäftigungen im Sinne des § 75 a Absatz 2, die nicht der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung unterliegen. In Frage kommen:

Geringfügige Beschäftigungen von Arbeitnehmern (zum Beispiel als Schlosser, Tischler usw.), wenn die geringfügige Beschäftigung (zum Beispiel Abendmusikler und dergleichen) nicht berufsmäßig, sondern nur so nebenbei, gelegentlich ausgeübt wird.

Geringfügig im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist eine Beschäftigung, wenn sie auf weniger als 24 Arbeitsstunden in einer Kalenderwoche beschränkt ist oder wenn für sie kein höheres Arbeitsentgelt als 8 M wöchentlich oder 35 M monatlich vereinbart oder ortsüblich ist.

Es ist keine Gelegenheitsarbeit, wenn ein Arbeitsloser während der Arbeitslosigkeit in seinem Berufe arbeitet (z. B. ein Schlosser als Schlosser, ein Tischler als Tischler); auch wenn die Arbeitszeit weniger als 24 Stunden in der Woche beträgt oder dafür weniger als 8 M wöchentlich bzw. 35 M monatlich bezahlt werden.

Auch geringfügige Tätigkeit in eigenen Berufe ist arbeitslosenversicherungspflichtig und kann deshalb nicht als Gelegenheitsarbeit angesehen werden. Nur solche geringfügigen Arbeiten sind nach § 75 a Absatz 1 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes versicherungsfrei, die sonst nicht berufsmäßig ausgeübt werden. Dies gilt zum Beispiel, wenn ein Schlosser während der Arbeitslosigkeit müsterte, Möbel räumt usw.

3. Selbständige Arbeit ist Gelegenheitsarbeit, wenn sie den Rahmen einer vorübergehenden Dienstleistung oder einer geringfügigen Beschäftigung nicht übersteigt. Was unter vorübergehender Dienstleistung und geringfügiger

Arbeit die Zeit zu vertreiben, dann bin ich immer eine halbe Stunde früher auf der Arbeitsstelle, damit ich nicht zu spät komme. Und dann, Herr Arbeitsminister, sehen Sie mal, ehe man sich oft hier durchschlingelt, wo die Welt so schön aber sehr klein ist, und der Zutritt zum Wackeltanz oft vor der Tür anfängt, und ehe man nun seine Dienststreife beendet hat, da ist man inzwischen schon eine oder sogar zwei Stunden älter, und dann sind die Herren doch ungehalten über die Nachlässigkeit und Unpünktlichkeit ihrer Mitmenschen. Also nehmen Sie es daher nicht übel, wenn ich etwas sehr pünktlich bin.“

Was kann man schon gegen derartig zutreffende und tiefgründige Ausführungen machen, die als vollberechtigt und überzeugend anerkannt werden müssen.

Der Fachvermittler zwingt mit Todesverachtung seine Amtsmiene in dienstliche Amisfalten und meint: „Sehen Sie, Herr K., ich glaube Ihnen das alles und Sie sind ja sonst ein sehr netter und höflicher Mensch, aber das darf nicht wieder vorkommen. Sie müssen sich schon an die vorgeschriebene Zeit halten, das nächstemal muß ich Sie wieder zurückschicken, was mir allerdings sehr leid tun würde.“

Aber, Herr Arbeitsinspektor, bitte, bitte, nicht böse sein, das werden Sie mir armen, schwächlichen Menschen nicht antun, nicht wahr, nicht; sehen Sie, Herr Arbeitsminister, jetzt machen Sie schon wieder ein freundliches Gesicht; nein, das machen Sie nicht, das können Sie gar nicht, das paßt gar nicht in Ihre Philosophie, und na, jetzt lächeln Sie sogar; das war ein Scherz. Also vielen, vielen Dank, auf Wiedersehen, auf Wiedersehen.“

Der Fachvermittler sucht krampfhaft in der Schublade seines Schre Stisches, und jedenfalls ist ihm ein Protokrümmchen in die falsche Kehle gekommen, denn er hustet abscheulich.

Wie kann man aber auch so unvorsichtig sein?

Quietschpinsel.

### Vor dem Arbeitsgericht.

Eine tatsächlich wahre Begebenheit.

Es war wieder einmal Großkampftag auf dem Arbeitsgericht in Dr. Der Herr Arbeitsrichter und seine Beisitzer arbeiteten mit Todesverachtung, den mit und ohne Absicht verurteilten und zerknüttelten Tarifverträgen wieder ein menschenwürdiges — und ab und zu auch göttgefälliges Aussehen zu verleihen. Wie diese oft komplizierten Fragen gelöst wurden, zu wessen Gunsten oder Ungunsten die gut oder böswillig, naturgemäß oder künstlich hervorgerufenen Widerwärtigkeiten des Lebens entschieden wurden, wäre dankbares Gebiet für den Karbelkasten, der sich natürlich mit Großaufnahmen befassen mußte.

Kollege M., der Angestellte unseres Verbandes saß im Zuhörerraum und hatte das Krabbeln in den Füßen. Um 10 Uhr sollte er in Wahrheit berechtigter Interessen seinen Kollegen die jederzeit aktive Schlagkraft des Verbandes beweisen und den Menschen, die in mühevoller Ringen, begünstigt durch Protektion und das nötige Kleingeld, zum Handwerksmeister avanciert waren, den Spiegel ihrer Unzulänglichkeit wieder einmal deutlich vor Augen halten. Die Amtsuhre hatte sich, unbekümmert um die Folgen, nicht an den Terminzettel gehalten und war eigentlich schon drei Fälle weiter. Wieder einmal hatte die ausgleichende Gerechtigkeit zum Vergleich der Gleichberechtigten gemahnt und damit auch Erfolg gehabt. Der nächste Fall wurde aufgerufen.

Ein Markthelfer war fristlos entlassen worden, weil er sich von der Schreibklavierspielenden und vom Herrn Chef besonders angesehenen Bürodame nicht zurechtweisen lassen wollte. Er hatte diese Vorhaltungen mit einem Worte aus der Zoologie, das ein menschenähnliches Wesen im Spracherker darstellt, quittiert und noch dazu das vertrauliche Du angewandt. Er klagt auf Wiedereinstellung und begründet dies Vergehen als Handlung im Affekt

ohne Verteidigungsabsicht. Diese für ihn wichtigen Argumente sollte sein dabeigewesener Kollege, den er gleich mitgebracht hatte, bezeugen.

Der Junge, ein von der Justiz noch unberührtes menschliches Wesen, zittert am ganzen Leibe und will trotz Aufstuf den Saal gar nicht betreten. Erst die aufmunternden Zurufe des Klägers lassen die Schen schwinden. Er kommt in den Saal und wird vom Vorsitzenden freundlich angefordert, vorzukommen und sich auf den bereitstehenden Stuhl zu setzen. Diese freundliche Aufforderung hatte er nicht erwartet. Er wird zutraulicher, grüßt durch Kopfnicken nach allen Seiten und setzt sich dann auf den Stuhl, aber mit dem Gesicht nach dem Publikum und harrt nun der Dinge, die da kommen sollen. Der Richter bekommt das Nervenreißer und sagt dem Jungen, daß er sich mit ihm unterhalten möchte. Die Zuhörer husten derart, daß der Ansehen der gewaltigen Reizung des Kehlkopfes entsteht.

Unter Junge hat die Ansicht des Richters schließlich für vorteilhafter gehalten und sich eine andere Richtung gegeben. „War denn Ihr Kollege kürzlich aufgeregt, als er dem Fräulein diese ungehörigen Worte zurief?“ fragte ihn der Vorsitzende. „Aber, Herr Gerichtshof, freilich hatte Emil den Kanal voll, und dann, Herr Gerichtshof, das war doch gar nicht so schlimm, das ist doch keine Beleidigung, wenn einer mal „Du Affe“ sagt, das sage ich meiner Frau alle Tage, und sehnste, Herr Gerichtshof, mich bammte hier noch nie gefeh.“

Die vorgeschriebene Disziplin war nicht mehr aufrechtzuerhalten. Alle Anwesenden wandten sich vor — Schmarzen und auch die amtierenden Personen konnten diesen Vulkan ausbruch nicht hemmen.

Der Junge wurde freundlich entlassen. Der Markthelfer erhielt einen scharfen Verweis; im übrigen aber wurde seiner Klage stattgegeben und er wieder eingestellt.

Quietschpinsel.

Beschäftigung zu verstehen ist, ist aus Absatz 1 und 2 zu ersehen.

4. Tätigkeiten, die keine Gelegenheitsarbeiten sind. Es ist keine Gelegenheitsarbeit mehr, wenn eine Tätigkeit, die der Arbeitslose ausübt, mehr als drei Tage in der Woche in Anspruch nimmt. Mehr als dreitägige Arbeit in der Woche ist krankenversicherungs-pflichtig, und alle krassenkassenversicherungs-pflichtige Arbeit ist zugleich auch arbeitslosenversicherungs-pflichtig. In allen diesen Fällen wird keine Unterstützung gezahlt.

Es ist keine geringfügige Beschäftigung, wenn ein Arbeitsloser mehr als 24 Stunden wöchentlich arbeitet, oder mehr als 8 M wöchentlich bzw. 35 M monatlich verdient. Solche Arbeit ist vielmehr arbeitslosenversicherungs-pflichtig. Während jeder versicherungspflichtigen Tätigkeit kommt die Unterstützung in Wegfall.

Uebersteigt die selbständige Tätigkeit, die der Arbeitslose ausübt, in der Woche 24 Stunden bzw. der Verdienst durch die selbständige Tätigkeit 8 M wöchentlich, bzw. 35 M monatlich, so wird auch diese Arbeit nicht mehr zur Gelegenheitsarbeit gerechnet, und der Arbeitslose kann ebenfalls keine Arbeitslosenunterstützung mehr beziehen.

5. Beschäftigung — die keine Gelegenheitsarbeit ist, ist anwartschaftszeitbegründend. Nach den bestehenden Arbeitslosenversicherungsrecht ist die Tätigkeit, die nicht mehr als Gelegenheitsarbeit angesehen werden kann, arbeitslosenversicherungspflichtig, wird damit auch anwartschaftszeitbegründend. Durch die Ausübung der arbeitslosenversicherungspflichtigen Beschäftigung kann der erneute Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben werden.

6. Wird Verdienst aus Gelegenheitsarbeit auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet? Es muß festgehalten werden, daß der Verdienst aus Gelegenheitsarbeit zwar auf den Fortbezug der Unterstützung ohne Einfluß ist, daß aber der Verdienst aus Gelegenheitsarbeit, wenn er eine bestimmte Höhe übersteigt, auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet wird.

7. In welcher Höhe wird der Nebenverdienst auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet? Der Verdienst aus Gelegenheitsarbeit wird auf die Arbeitslosenunterstützung dann nicht angerechnet, wenn der Verdienst in einer Woche 20 % der vollen Arbeitslosenunterstützung (zuzüglich Familienzuschläge) nicht übersteigt. Der Mehrverdienst wird zu 50 % angerechnet.

Beispiel: Der Arbeitslose bezieht 18 M Unterstützung. Durch Gelegenheitsarbeit verdient er 8 M. Von diesen 8 M bleiben 20 % von der Unterstützungssumme (18 M) anrechnungsfrei, das sind 3,60 M. Der Restbetrag von 4,40 M wird zur Hälfte (50 %), das sind 2,20 M auf die Unterstützung angerechnet. Der Arbeitslose erhält nun nicht 18 M Unterstützung, sondern nur 15,80 M ausgezahlt, da die 2,20 M von den 18 M abgerechnet werden.

8. Kann die Unterstützung eine weitere Kürzung erfahren? Uebersteigt der Verdienst (Nebenverdienst) und die Arbeitslosenunterstützung 150 % (der vollen Arbeitslosenunterstützung), so wird die Unterstützung um den Betrag, der die 150 % übersteigt, gekürzt.

Beispiel: Der Arbeitslose bezieht 9,60 M Unterstützung. Durch Gelegenheitsarbeit verdient er 8 M. Von diesen 8 M bleiben 20 % von der Unterstützungssumme (9,60 M) anrechnungsfrei, das sind 1,92 M. Der Restbetrag von 6,08 M wird zur Hälfte, das sind 3,04 M auf die Unterstützung angerechnet. Der Arbeitslose erhält nun nicht 9,60 M Unterstützung, sondern nur 6,56 M ausgezahlt.

Nun dürfen aber Verdienst und die Unterstützung, die zur Auszahlung kommen darf, 150 % der vollen Unterstützung nicht übersteigen, von 9,60 M 150 % voller Unterstützung = 14,40 M. Da nun Verdienst und Unterstützung, die zur Auszahlung kommen würde, 150 %, nämlich 14,56 M übersteigt und zwar um einen Betrag von 0,28 M, so kommen diese 0,28 M von der bereits reduzierten Unterstützungssumme von 6,56 M zum Abzug, so daß der Arbeitslose nur noch eine Unterstützung von 6,30 M ausgezahlt erhält.

10. Wird auch auf die Krisenunterstützung der Verdienst aus Gelegenheitsarbeit angerechnet? Auf die Krisenunterstützung wird der Verdienst aus Gelegenheitsarbeit in derselben Weise angerechnet, wie auf die allgemeine Arbeitslosenunterstützung. L. P.

### Das Krankenkassenparlament zur Notverordnung.

Der 34. deutsche Krankenkassentag fand in Dresden statt. Krankenkassenparlamente in der bisherigen Form sind Massenversammlungen. So waren auch diesmal Delegierte, Gäste usw. der Einladung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen gefolgt. Die Beratungen dieses Parlaments fielen in eine Zeit, wo die Last mit Kampfstimmung geschwängert ist. Die vor einigen Wochen erlassene Notverordnung hat ja auch in die Krankenversicherung mit rauher Hand eingegriffen und Änderungen gebracht, die ungeheuer einschneidend sind. Deshalb mußte der Krankenkassentag zu diesen Problemen Stellung nehmen und seine Meinung zu der vielschritten Reform der Krankenversicherung niederlegen. Es war also eine Kampftagung im wahren Sinne des Wortes. Der geschäftsführende Vorsitzende, Helmut Lehmann, mußte nicht nur die Notverordnung kritisch beleuchten, sondern er mußte auch demagogische Angriffe auf seine Person zurückweisen. Daß er hierbei scharfe Worte brauchen mußte, ist ohne weiteres verständlich; nicht verständlich ist es aber, daß der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Grieser, den Krankenkassentag demonstrativ verließ. In einem an das Präsidium der Tagung gerichteten Telegramm erklärte Herr Grieser, daß er gezwungen gewesen sei, die Tagung zu verlassen, weil der Vorsitzende in seinen Angriffen gegen den Reichsarbeitsminister den Rahmen überschritten hat. Dabei wurde Herr Lehmann in keiner Weise scharf gegen den Reichsarbeitsminister, sondern gegen die Demagogie, wie sie von den Kommunisten und der Zentrumsprelle im Kampfe geübt wird.

Angeichts der besonderen Bedeutung der diesjährigen Tagung waren die Behörden und sonstige Gaste in Dresden stark vertreten. Vertreter hatten unter anderem gesandt: Reichsarbeitsministerium, das Preussische Wohlfahrtsministerium, die Sächsische Regierung, die Hessische Regierung, die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, das Internationale Arbeitsamt usw. In seiner Eröffnungsrede wies Stadtrat Ahrens, Berlin, als Vorsitzender des Reichsverbandes auf die außerordentlich schwere Krise hin, in die das deutsche Volk geraten ist. In einer solch schweren Zeit ist die Sozialversicherung von ganz außergewöhnlicher Bedeutung. Unter der Krise leiden am meisten die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung. Da letztere die Auffangstation für den Stoß der Wirtschaftskrise ist, muß auf den Bestand und die Weiterentwicklung derselben besonderes Gewicht gelegt werden. Dazu tritt die Notverordnung mit ihren Maßnahmen. Die größte Spitzenorganisation der Krankenkassen muß sich deshalb mit diesen Dingen beschäftigen. Notwendig sind aber auch organisatorische Veränderungen, die es dem Hauptverband besser als bisher ermöglichen, fruchtbringende Arbeit zu leisten.

Im Verlauf des Kongresses wurden dann auch die Satzungsänderungen in der Weise beschlossen, daß hinsichtlich der alljährlich stattfindenden Mitgliederversammlung auf eine Zahl von rund 300 Vertreter verkleinert wird. Daneben soll nach Bedarf ein allgemeiner Krankenkassentag stattfinden, der sich mit den großen Problemen der Gesundheitsfürsorge beschäftigt. Diese Satzungsänderung muß auch von den Gewerkschaften sehr begrüßt werden.

Von den Begründungsreden ist die des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Grieser, besonders erwähnenswert. Infolge der Wirtschaftskrise mußte der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 4 1/2 % erhöht werden. Um nun die Gesamtheit der Arbeiter vor Verkürzung des Reallohnes zu schützen, mußten Maßnahmen getroffen werden, die Senkung des Beitrages zur Krankenversicherung zur Folge hatten. Hieraus ergeben sich die Zusammenhänge der Notverordnung mit der Arbeitslosenversicherung und der Sanierung der Reichsfinanzen. Die Verordnung soll die Gemeinschaft der Versicherten vor Schäden, die sich aus den natürlichen Reaktionen des Jäh ergeben, schützen. Dazu bedurfte es einer entschlossenen Tat. An dem Rüttschwur waren mehrere beteiligt; aber nur einer, Wilhelm Tell, hat die Tat vollbracht. Ministerialdirektor Dr. Grieser hat zum Schluß, an der Durchführung der Verordnung mitzuwirken, wenn auch mancher gegen einzelne Bestimmungen derselben berechnete Einwendungen zu machen habe.

Sicher hat der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums mit der Verteidigung der Notverordnung eine unangenehme Aufgabe zu erfüllen; aber es ist doch ein starkes Stück, den Reichsarbeitsminister ausgerechnet für seine sozialen Verschlechterungen mit dem Schweizer Nationalhelden Wilhelm Tell zu vergleichen. Wenn Dr. Grieser glaubte, für seinen Vorgesetzten eine Lanze brechen zu müssen, so hätte er besser getan, auf dieses Beispiel zu verzichten. Die Maßnahmen Stegerwalds werden nicht nur von den freien Gewerkschaften, sondern auch von großen Teilen der christlichen Gewerkschaften entchieden abgelehnt. Doch man muß die Art der Verteidigung dem persönlichen Geschmack der Herren überlassen.

Der Vertreter des ADGB, Dr. Broecker, erklärte, daß die Gewerkschaften in ihren Hoffnungen bezüglich der Reform der Krankenversicherung aufs bitterste enttäuscht seien. Die Reform der Krankenversicherung ist schneller erfolgt, als erwartet wurde. In den Kreisen der Versicherten ist aber die Meinung allgemein, daß die durch die Notverordnung erfolgte Reform keine Verbesserung, sondern einen gewaltigen Rückschritt in der Krankenversicherung bedeutet. Die Gewerkschaften müssen die vorgenommenen Maßnahmen der Regierung rund herum ablehnen. Hoffentlich tritt bald eine Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs und politischer Bewußtsein ein, damit es allen an der Sozialversicherung tätigen Kräften möglich ist, in positiver und sachlicher Form am Ausbau der Einrichtungen der Sozialversicherung tätig zu sein. Dann wird hoffentlich die Möglichkeit gegeben sein, jene fortschrittlichen Gedanken moderner Sozialpolitik vorwärts zu treiben, die der Volkswohlfahrt im ganzen dienlich sind.

Der Höhepunkt der Tagung wurde erreicht durch das Referat des geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes, Helmut Lehmann: „Unser Programm und die Notverordnung.“ Folgende Gedankenansätze lagen dem Referat zugrunde: Die Weiterentwicklung der Sozialversicherung ist durch die Notverordnung unterbrochen. Dies bedeutet keinen Schritt nach vorwärts, sondern einen solchen nach seitwärts, wenn man nicht gar noch von einem Rückschritt sprechen kann. Die Regierung Brüning hatte Sparmassnahmen namentlich auf dem Gebiet der Sozialversicherung angekündigt. Es wurde versprochen, daß diese nicht von antizipalem Geiste getragen sein sollten. Trotzdem kommt jeder zu der Ueberzeugung, daß die Sparmassnahmen nicht vom Sozialpolitiker, sondern vom Finanzpolitiker diktiert sind. Dabei steht noch nicht einmal fest, daß die Einsparungen bei den Beiträgen zur Krankenversicherung ausreichten, um das Defizit bei der Arbeitslosenversicherung zu decken. Wenn der beschrittene Weg bei den Maßnahmen für die Krankenversicherung weiter verfolgt wird, so dürfte bald das Ende der Krankenversicherung gekommen sein. Aufgabe des Hauptverbandes ist es, auf die Gefahr hinzuweisen, die hier im Anzuge ist. Es ist Aufgabe des Kongresses, anzusprechen, daß die Krankenversicherung für das deutsche Volk eine Lebensnotwendigkeit geworden ist. In der Öffentlichkeit wird sie vielfach als ein mehr oder weniger überflüssiger Luxus der arbeitenden Bevölkerung bezeichnet. Der übermäßigen Inanspruchnahme der Krankenversicherung kann entgegengetreten werden, ohne daß man die Versicherten schädigt. Die Auswirkungen des Krieges und der Inflation haben die starke Beanspruchung der Krankenkassen im Gefolge gehabt. Die Krankenkassen haben von sich aus bereits geeignete Maßnahmen zur Verringerung unberechtigter Auszahlung getroffen. Wenn man die Drosselung der Krankenversicherung in dieser Weise fortsetzt, so bedeutet dies, daß eine mühsame Aufbauarbeit niedergelassen wird. Die Neuregelung des

kassendringlichen Dienstes kann als einziger Lichtblick bezeichnet werden. Die Vorsehung hat die Krankenversicherung verschleiert. Aufgabe der Kassen ist es, dies wieder gutzumachen. Die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung muß zeigen, daß sie die durch die Verordnung entstehenden Schäden auszugleichen in der Lage ist. Mit großer Entschiedenheit weist der Redner die Vorwürfe der Kommunisten und der Zentrumsprelle zurück. Er schloß mit einem Appell an das Volk, sein höchstes Gut, seine Gesundheit, zu heben und zu pflegen.

In der Aussprache begründete der Gewerkschaftssekretär Schiefer, München, im Namen der Versicherten eine Entschliebung, in der die Versicherten entchiedenen Protest erheben gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten, durch die nicht nur völlig ungerechte Verschlechterungen der Leistungen der Krankenversicherung, sondern auch einschneidende Beschränkungen der Selbstverwaltung vorgenommen wurden. „Die Versicherten erwarten, daß der kommende Reichstag diese unsachliche Vorsehung wieder beseitigen und an ihre Stelle eine Reform der Krankenversicherung setzen wird, die den Forderungen und den Bedürfnissen der Versicherten gerecht wird.“ In einer Erklärung zur Notverordnung stellen Vorstand und Beirat des Hauptverbandes fest, daß die durch die Verordnung hervorgerufenen Einschränkungen der Krankenversicherung nicht dem Reformprogramm des Hauptverbandes entsprechen. Den Geschäftsbericht gab Geschäftsführer Okras.

Der zweite Tag des Kongresses war mit wertvollen wissenschaftlichen Referaten hervorragender medizinischer Fachmänner ausgefüllt. Angenommen wurden am Schluß noch die Leitfäden zu dem nächststehenden Referat des Geschäftsführers Fris Bohmann. Die Leitfäden beschäftigten sich mit Arbeitsgemeinschaften der Sozialversicherungsträger. Es wird darin festgesetzt, daß die Gemeinschaftsarbeit durch die Drosselung der Einnahmen der Sozialversicherung schwer behindert wird. Der Kongress wurde mit einer treffenden Schlussrede vom Vorsitzenden Ahrens geschlossen. Der nächste Kongress findet in Mainz statt.

### Der deutsche Wohnungsbestand 1930

Das Statistische Reichsamt hat versucht, den Wohnungsbestand in Deutschland für Anfang 1930 zu ermitteln unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Reichswohnungszählung von 1927 und in der Folgezeit durch die Bautätigkeitsstatistik. Wenn man auch damit rechnen muß, daß das Ergebnis Fehler aufweist, da sich die genaue Zahl wohl kaum so feststellen läßt, so ist das Resultat aber doch mehr als aus einem Grunde bemerkenswert. Insgesamt betrug danach der Wohnungsbestand Anfang 1930 rund 15,8 Millionen Wohnungen, darunter 2.179.000 Neubauwohnungen. Es wohnen von den 64,1 Millionen Einwohnern Deutschlands etwa 9 Millionen in Neubauwohnungen. Von der Gesamtzahl der Neubauwohnungen sind rund 35 % Kleinwohnungen mit ein bis drei Zimmern einschließlich Küche. Bemerkenswert ist auch, daß die Bautätigkeit in den kleineren Gemeinden bedeutend reger war als in den Großstädten, doch macht sich in den letzten Jahren eine immer mehr ansteigende Bautätigkeit in den großen Städten bemerkbar. Von 100 Wohnungen waren Neubauwohnungen in

Polen-Westpreußen	19,2	Rheinprovinz	15,8
Oberschlesien	18,6	Berlin	10,1
Westfalen	17,1	Hohenzollern	9,9
Württemberg	16,1	Braunschweig	9,4
Hessen	16,0	Sachsen	10,5

Schwach war die Neubautätigkeit in Mecklenburg, Südbayern, Niederschlesien und Pommern. Am niedrigsten lag sie in Braunschweig, am höchsten in der Grenzmark Polen-Westpreußen. Ueberhaupt weisen die Grenzgebiete, wo Landabtrennungen erfolgt sind, eine höhere Bautätigkeit auf. Immerhin läßt sich nicht verkennen, daß die Neubauwohnungen für die Unterbringung der Bevölkerung eine steigende Bedeutung gewinnen. E. R.

### Der Zollabbau — eine europäische und soziale Forderung.

Wir erleben in Europa augenblicklich ein wirtschaftliches Wettrüsten, das zu Verstimmung aller Staaten gegen alle führt. Und dies, obgleich sich die Erkenntnis immer mehr Bahn bricht, daß Europa nicht nur an den direkten Folgen des Krieges krankt, sondern vielmehr an den Folgen des Ueberprotektionismus und des wirtschaftlichen Nationalismus. Man ist ferner überzeugt, daß der politischen Annäherung (Locarno), die wirtschaftliche folgen muß, um unnötige Konfliktsstoffe auszuschneiden. Daß davon vorläufig in keiner Weise die Rede sein kann, beweist die Tatsache, daß im letzten Jahre von 26 europäischen Staaten 13 recht beträchtliche Zollserhöhungen vorgenommen und nur 13 ihre Zollpositionen nicht erhöht haben.

Es ist offensichtlich, daß eine autarke Wirtschaft einzelner Länder bornierter Utopismus ist — denn bei den weltwirtschaftlichen Verflechtungen muß die Notlage einzelner Staaten Rückwirkungen ausüben auf andere Länder: Kreditmarkt, Absatz, Arbeitsmarkt, Lebenshaltung, Produktionsumfang. Weiter: die territoriale Gliederung Europas in kleine Länder, erschwert durch eine Fülle unvernünftiger nationaler Maßnahmen, hat zur Folge eine geringere Konkurrenzfähigkeit, weil infolge eines nicht genügend großen Marktes die Methode der Massenproduktion nicht angewandt werden kann (hier liegt eine der großen Vorteile und Ursachen des „Amerikanischen Wirtschaftswunders“). Die Ueberlegenheit einer großen ökonomischen Einheit über eine Anhäufung von mehreren Einheiten, von denen einige groß, der größte Teil aber klein und sogar unbedeutend ist, ist jedem Einsichtigen zur Gewißheit geworden. Europas wichtigster Markt muß Europa selbst sein, um die europäische Kaufkraft zu entwickeln, eine Arbeitsteilung herbeizuführen, die an dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit orientiert ist, sowie den europäischen Produktionsmittelapparat rentabel zu gestalten. Man bedenke, daß die Politik der Isolierung durch

Hochschulzoll immer von Verbrauchsbeschränkung begleitet gewesen ist. Zugegeben, daß diese Politik des Opfers vor Jahren notwendig und natürlich gewesen ist, um einer Beschäftigten zu entgehen — der Gefahr, daß ein Land mit unentwickelter Industrie durch ein Land mit entwickelten Wirtschaft- und Industriekräften niederkonkurriert wird, so dürfte doch heute die Zeit des „Schutzes der nationalen Arbeit“ vorbei sein, da die Industriekräfte längst entfaltet und entwickelt sind.

Ein anderes spricht gegen die heute übliche Zollpolitik. Alle Staaten bemühen sich, die Härten des Konjunkturabfalls zu mildern, aber kein Staat unternimmt etwas, um die Widerstände, die sich aus übertriebenen und übersteigerten Schutzzöllen einer erfolgreichen Konjunkturpolitik erwachsen, durch vernünftigen Zollabbau zu beseitigen. Zölle verringern die Produktion, da sie dem Güteraustausch entgegenarbeiten, sie führen zur Einengung der Produktionsgüterindustrie, zur Stilllegung, Rettung der Zoll tatsächlich einen rückständigen Betrieb in einem Industriezweig, so heißt es, damit sei die Arbeitslosigkeit bekämpft. Ein solches Denken und Argumentieren ist unwirtschaftlich, da es erstens die Bequemlichkeit stiftet und zweitens die Produkte verteuert und so die Reallohn senkt. Ebenso wie die Agrarzölle, verteuern die Industriezölle dem Volk seine dringendsten Lebensbedürfnisse. Textilzölle verteuern die Kleidung, Zölle auf Eisen- und Stahlwaren verteuern alle Produkte, weil sie die Produktionsmittel treffen. Zölle, die den Schiffbau oder die Eisenbahn treffen, verteuern alle Waren, die transportiert werden müssen, also nicht am Konsumtionsort produziert werden. Es ist überhaupt kaum ein Zoll denkbar, der nicht ganz erheblich die Lebensführung der arbeitenden Schichten berührt, mit Ausnahme der Zölle auf Luxuswaren. Das beste Mittel zur innenpolitischen Entspannung ist sicher die Hebung des Massenwohlstandes durch vermehrte Arbeit (nicht Arbeitszeitverlängerung, sondern Entlastung des Arbeitsmarktes) und höheren Reallohn. Dies Ziel ist nur erreichbar durch Verringerung des Sozialproduktes und Erweiterung des Absatzmarktes. Das größte Hemmnis aber sind die Zölle und andere Handelsbarrieren. Die Abschaffung der Zölle kann zwar die Welt nicht reicher machen, wohl aber künstlich verursachte Armut beseitigen. Die Zölle bereichern einige Unternehmungen und Landbesitzer auf Kosten der großen Mehrheit des Volkes.

Wir glauben, daß der großen sozialen Not in Europa nicht durch Herumkurieren an einigen Symptomen abgeholfen werden kann, daß vielmehr letzten Endes alle wirtschaftlichen und sozialen Verzerrungen ihre Grundtöne im kapitalistischen System haben. Wohl aber ist es möglich, Milderungen zu erreichen und auch Fortschritte im Sinne der Arbeiterklasse, wenn erkannt wird, daß die wirtschaftliche Abwärtsentwicklung mindestens so wichtig ist wie die militärische. Das soziale Elend in Europa ist groß. Millionen Arbeiter vegetieren. Diese Verzweifelten werfen sich radikalen Strömungen und Bewegungen sowie politischen Abenteurern à la Hitler in die Arme. Sie bilden das Material für jede Art von Putsch.

Neben den Zöllen gibt es noch eine ganze Reihe von andern Handelsbarrieren: Ausfuhrprämien, Einfuhrzölle, Eisenbahntarifpolitik (indirekte Drosselung der Einfuhr durch niedrige Tarife für bestimmte Industrien), Subventionen usw. Die sechs Konferenzen, die seit 1927 stattgefunden haben, um eine internationale Aufhebung der Einfuhr- und Ausfuhrverbote zu erreichen, haben keinen Erfolg gehabt. Die Genfer „Zollfriedenskonferenz“ hat ihr Ziel nicht erreicht — sie erreichte weder einen Abbau der Zölle, noch einen eindeutigen Zollverpflichtungsstand. Alles was erreicht wurde, ist eine verkleinerte Zollbegrenzung im Sinne der Stabilisierung der Zölle an dem Punkt, an dem sie sich befinden. Dieser Waffenstillstand ist nur für ein Jahr geschlossen, im übrigen ist es kein regulärer Waffenstillstand, denn das Abkommen erschwert und verzögert lediglich das Verfahren einer Zollreduktion, ohne sie letzten Endes verhindern zu können. Man erhofft aber um so mehr von der moralischen Wirkung des Abkommens. Hoffentlich wird dieser kurzfristige, reichlich vorläufige Waffenstillstand von den Staatsmännern, Wirtschaftsführern, insbesondere aber von den Arbeiterführern genutzt. Es liegt im Interesse Europas, denn der Zollabbau ist und bleibt eine soziale Forderung. Versagt die kapitalistische Welt und ihre Führung, so wird eben die Arbeiterschaft die Führung übernehmen müssen, um Europa vor sozialen Katastrophen zu bewahren. Otto Jacobsen.

### IndustrieKonzentration und Arbeitslosigkeit.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise räumt unter den Beständen der deutschen Industrieunternehmen ganz gewaltig auf. Die Konzentrationsbewegung erhält dadurch einen wesentlichen Auftrieb. Der Zusammenschluß von Industrieunternehmen als gesamtwirtschaftliche Entwicklungsform ist so alt wie die kapitalistische Wirtschaftsform. In steigendem Maße sind aus kleineren Einheiten größere Produktionskomplexe erwachsen. Der Krieg, die Inflation, die Währungsinstabilität und neuerdings die schweren weltwirtschaftlichen Krisen haben obige Grundtendenz der kapitalistischen Wirtschaft sehr wesentlich verstärkt. Die vertikale Konzentration wurde weitgehend durch die horizontale, das heißt durch die Zusammenfassung von Unternehmen gleicher Produktionsstufe und mit gleichartigen Produktionsvorgängen und Endzeugnissen abgelöst. Der betriebswirtschaftlichen und technischen Rationalisierung folgt diejenige, die man im kapitalistischen Lager als volkswirtschaftliche und kaufmännische bezeichnet. Die „Wirtschaftlichen Mitteilungen“ der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft Nr. 13 bringen für die Zusammenfassungsbewegung stichhaltiges Material. Wir entnehmen daraus:

„Für den Einblick in den Konzentrationsvorgang bietet eine Veranschaulichung das Unterlagensmaterial, die vor kurzem die Bank für deutsche Industrie-Obligations auf Grund der Aufbringung in den Jahren 1928 bis 1929 vorgenommen hat. Bekanntlich umfaßt die Aufbringungsliste sämtliche industriellen und gewerblichen Betriebe mit Einschluß des Bergbaus, des Verkehrs, des Bank-, Versicherungs- und Gastgewerbes sowie des Handels, so-

### Unfall! Vorsicht! Rückblick!

Jede Ablenkung von der Arbeit bedeutet Gefahr! Nur konzentrierte Aufmerksamkeit macht es möglich, all die kleinen Feinheiten, Unachtsamkeiten, Versehen zu vermeiden, die so leicht Unfälle heraufbeschwören. Jede Maschine birgt ihre Unfallgefahren. Alle bewegten Teile können nicht durch Schutzvorrichtungen abgedeckt werden, sonst würde die Arbeit unmöglich gemacht oder sinnlos erschwert. Also ist und bleibt es unbedingtes Erfordernis, daß der Arbeiter an der Maschine „bei der Sache ist“.



Bestell-Nr. 251 — der Unfallverhütungsbild O. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften.

Das aber muß auch jeder berücksichtigen und nicht rücksichtslos einen Arbeiter an seiner in Gang befindlichen Maschine stören. Oft ist deren Geräusch so stark, daß er nichts von dem andern gehört und gemerkt hat. Verärgerung oder Anruf kann ein Erschrecken und dadurch irgendwelche unvorsichtige Bewegung auslösen und so einen Unfall herbeiführen. — Ebenso schlimm und gefährlich ist es aber, mit dem Arbeitenden sich zu unterhalten, weil dadurch seine Aufmerksamkeit abgelenkt wird. Ja, sogar das Nachdenken oder Grübeln über eine soeben gegebene Unterredung kann starke Ablenkung von der Arbeit und damit Unfälle nach sich ziehen. Man wird es daher zweckmäßig unterlassen, einem an einer gefährlichen Maschine Arbeitenden während der Arbeitszeit irgendwie aufregende, besonders ärgerliche oder vielleicht auch besonders stark erfreuliche Mitteilungen zu machen.

welt ihr Betriebsvermögen den Betrag von 20 000 M übersteigt. Die Statistik umfaßt also praktisch die gesamte für Konzentrationvorgänge in Betracht kommende gewerbliche Wirtschaft Deutschlands. Faßt man die höheren Vermögensgruppen, das heißt die Großbetriebe mit mehr als 5 Millionen Mark Betriebsvermögen ins Auge, so waren vorhanden:

im Jahre 1926:	890 Unternehmen mit insgesamt 15,3 Milliarden Mark Betriebsvermögen.
im Jahre 1929:	1069 Unternehmen mit insgesamt 19,9 Milliarden Mark Betriebsvermögen.

Auf diese Großbetriebe entfiel sowohl 1928 als 1929 nur ein halbes Prozent der Gesamtanzahl aller aufbringungspflichtigen Betriebe, die sich auf 187 000 bzw. 207 000 belief. Dagegen stieg im Verlauf der drei Jahre der Anteil dieser nur 1/2 % der Zahl ausmachenden Betriebe am Gesamtvermögen aller aufbringungspflichtigen Betriebe, nachdem er 1926 bereits 37,6 % ausgemacht hatte, noch weiter auf 41,4 %. Die Gesamtvermögen aller Unternehmen lieferten auf 40,7 bzw. 48,0 Milliarden Mark. Dabei ist diese letztere Steigerung zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen, daß die Bewertung der Vermögen, insbesondere der Einheitswerte für Grundstücke, für das Jahr 1929 höher angesetzt wurde, was zur Folge hatte, daß zahlreiche Unternehmen, deren Vermögen nunmehr 20 000 M überstieg, in die Aufbringungsliste und damit in die Statistik neu einbezogen wurden. Die Vermehrung der Betriebe in der niedrigsten Vermögensgruppe (20 000 bis 50 000 M) um mehr als 11 000 ist ausschlaggebend durch diese Höherbewertung verursacht worden. Am deutlichsten ist die Auswirkung der Konzentrationsbewegung der letzten Jahre in der Statistik erkennbar, wenn man die höchsten Vermögensgruppen ins Auge faßt. So hat sich in dem Zeitraum 1926 bis 1929 die Zahl der Großbetriebe in der Vermögensgruppe 50 bis 100 Millionen Mark von 32 auf 43 und deren Betriebsvermögen von 2,2 auf 2,9 Milliarden Mark gesteigert. Den größten Zuwachs weisen in Auswirkung der erfolgten Zusammenklänge die Gesellschaften mit einem Vermögen von über 100 Millionen Mark auf. Von 16 im Jahre 1926 ist ihre Anzahl auf 22 im Jahre 1929, gleichzeitig ihr Betriebsvermögen von 3,0 auf 4,8 Milliarden Mark gestiegen und hat damit 10 % des Gesamtvermögens aller Betriebe erreicht.

Seit 1929 ist die Zusammenfassungsbewegung noch weiter fortgeschritten, so daß die oben errechneten Ergebnisse bereits überholt sind. In der Metallindustrie, Elektroindustrie und anderen Industriezweigen sind gerade in den letzten Wochen große Zusammenschlüsse erfolgt. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist nicht zuletzt auf diesen Ballungsprozess zurückzuführen. Die beschäftigten Arbeiter wurden zuerf-

weilgehend vermindert durch die Technisierung der Produktion. Nun folgt die Zusammenfassungsbewegung, die zur Folge hat, daß die Erzeugung auf die leistungsfähigen Betriebe konzentriert wird und die minderleistungsfähigen stillgelegt werden. Sie verfallen dem Abbruch und scheiden endgültig aus. Volkswirtschaftliches Sachkapital wurde vernichtet. Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland ist zunächst unfähig, die Kausalkette: Produktionskostenverbilligung — Preis senkung — Absatzausweitung — Produktionssteigerung — Beschäftigungserhöhung — durchzuführen. Vermag sie auf die Dauer diesen so notwendigen Prozess nicht zu lösen und die freigesetzten Arbeitskräfte wieder zu nutzbringender Arbeit zu verhelfen, so mußte sie ohne weiteres abtreten und anderen es überlassen, die Wirtschaft zu dem zu machen, was sie sein soll: den breitesten Bevölkerungsschichten zu höherem Lebensstandard zu verhelfen. Die Wirtschaft ist nicht ihrer selbst willen, sondern für die gesamte Menschheit da. Die Gewerkschaften werden in verstärktem Maße dem großen Problem, Zusammenfassungsbewegung und Arbeitslosigkeit, ihre Aufmerksamkeit schenken müssen.

### Unfallverhütung durch das Bild.

Vor Jahrzehnten erschöpfte sich der Begriff „Unfallverhütung“ in technischem Maschinenschutz. In mühsamen Kämpfen wurde durch die ständige Arbeit der Berufsgenossenschaften, denen gesetzlich nicht nur die Heilung und Entschädigung der Unfallverletzten obliegt, sondern auch die Sorge für Unfallverhütung, erreicht, daß allmählich alle gefährlichen Maschinen schon bei der Fabrikation beginnend so geschützt wurden, daß nach menschlichem Ermessen kaum noch Unfälle durch Maschinen erfolgen können. Der Amerikaner nennt derart unfallsicher gebaute Maschinen „fool-proof“ (narrensicher). Die Erfolge des technischen Maschinenschutzes sieht man am besten an Zahlen: Die letzte Reichsstatistik über die Unfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften gibt bekannt, daß im letzten Berichtsjahr 1928 nur 209 Unfälleodesfälle an Arbeitsmaschinen vorgekommen sind!

Der Schutz der Maschinen hat aber selbstverständlich Grenzen. Alle sich bewegenden und drehenden Teile können nicht abgedeckt werden. Es gehört auch Anpassung und Mitarbeit des an der Maschine arbeitenden Menschen dazu, daß Unfälle verhütet werden! Vergleicht man ferner die Zahlen der Unfälle, die nicht an Maschinen, sondern beim Transport sich ereignen die durch Fall von Personen von Treppen, Leitern und dergleichen oder die auf dem Wege von und zur Arbeit geschehen sind, so ergeben sich: Beim Transport 1428, durch Fall 857, auf dem Wege von und zur Arbeit 542 Todesfälle! Sie übersteigen also sämtlich bei weitem die Todesfälle an Arbeitsmaschinen.

Diese Erkenntnisse führten dazu, psychologische Unfallverhütung zu betreiben, die sich an den arbeitenden Menschen selbst wendet, die seiner an sich menschlich verständlichen Abstumpfung und Gewöhnung an die Gefahr durch das alltägliche Einerteil des Arbeitsvorganges entgegenarbeitet, die seine möglicherweise vorhandene Sorglosigkeit, seinen Leichtsin, jede Ablenkung und die vielfältige Rücksichtslosigkeit bekämpfen will.

Dieses Ziel wird erreicht, wenn immer wieder durch eindringliche, blickfangende Plakate an den besonders belebten Stellen der Fabriken und Betriebe Hinweise auf Unfallgefahren und die Folgen von Unfällen zu sehen sind. Die Unfallverhütungsvorschriften hängen zwar bestimmungsgemäß in jedem Betriebe aus. Aber besser als eine in Paragrafen gefaßte Vorschrift, bei der Arbeit Schutzbrillen zu tragen, wird es wohl beispielsweise in einem die Augen gefährdenden Betriebe wirken, wenn da ein Bild an der Wand hängt, das einen Eingängigen, eine Schutzbrille und ein Glasauge zeigt mit der großen Unterschrift: „Was trägst du lieber? Glasauge oder Schutzbrille?“. Oder statt noch so eindringlicher Rauchverbote ein Plakat, das eine fleischfarbene Arbeiterfamilie zeigt, im Hintergrund die rauchenden Reste einer abgebrannten Fabrik mit der Unterschrift: „Durch Unvorsichtigkeit anderer arbeitslos!“

Für beinahe jedes Fachgebiet gibt es spezielle Unfallverhütungsbilder, außerdem eine große Anzahl allgemeingültiger, in jedem Betriebe verwertbarer Warnungsbilder. Die Berufsgenossenschaften verteilen nach Möglichkeit an alle ihnen angeschlossenen Betriebe diese Unfallverhütungsbilder. Aber auch der einzelne Arbeitgeber sollte unmittelbar bei der gemeinsamen Unfallverhütungsbild O. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Röhrenstraße 37, die für seinen Betrieb besonders im Betracht kommenden Bilder anfordern. Eine Zusammenstellung der verkleinerten Abbildungen der Unfallverhütungsbilder ist zum Selbstkostenpreis von dort zu beziehen.

Wichtig ist freilich, daß auch die Bilder, die auf Wunsch in Wechselrahmen lieferbar sind, in bestimmten Zeitabständen gegen neue ausgetauscht werden, um immer wieder das Interesse neu zu wecken und neu zu beleben.

### Aus unserm Beruf

#### Kollege Fritz Braune †

Von unserer Filiale Leipzig erhielten wir die Nachricht, daß unser ehemaliger angestellter Filialkassierer, Kollege Fritz Braune, nach langjähriger treuer Pflichterfüllung seines Postens und einjähriger Krankheit, im Alter von 52 Jahren an Magenkrebs in seiner Heimat in Kolberg plötzlich verstorben ist.

Kollege Braune stand in den schlimmen Tagen der Inflationszeit an verantwortungsvoller Stelle, wo so mancher den Mut verlor. Aber er war einer dergleichen, der in allen Stürmen gegen unsere Organisation stets aufrecht blieb, sich mit allen Kräften für

das Wohl seiner Kollegen einsetzte und die Filiale Leipzig über manche Klippen hinwegbrachte. Dafür danken wir dem toten Freunde und gönnen ihm die Ruhe nach 28jährigem Kampf für die Interessen unserer Organisation.

Die Malerjugend Essen auf dem Bezirksjugendtreffen des ADGB in Köln.

Nach eingehender Besprechung der Jungkollegen unserer Jugendabteilung fassten wir den Beschluss, uns am großen Jugendtreffen, das die Gewerkschaften am Rhein veranstalteten, zu beteiligen. Am 17 Uhr trafen wir uns vor dem Hauptbahnhof. Zunächst ging es zum Bahnsteig, worauf kurz nach 17.30 Uhr der von Dortmund kommende Zug eintraf. Dieser war schon so besetzt, dass noch Wagen angehängt werden mussten, um die Gewerkschaftsjugend von Essen, Mülheim, Duisburg und Düsseldorf noch aufnehmen zu können. Der Zug fuhr in raschem Tempo durch das Ruhrgebiet zum Rhein. Überall jubelte uns die werkschaffige Bevölkerung zu, denn aus jedem Wagen flatterten die roten Fahnen der Arbeiterjugend. Von weitem schon sahen wir die Domburme der Stadt Köln. Bald darauf hielt der Zug in Köln-Deutz. Langsam entleerte er sich, und es dauerte geraume Zeit, bis wir vor dem Messengelände, dem Sammelpunkt der Kundgebung, waren. Infolge Verspätung war es uns leider nicht möglich, an der vorhergehenden Sonderveranstaltung der Malerjugend von Rheinland und Westfalen, in der Kollege Mehrens ein Referat hielt, teilzunehmen. Nachdem wir unsere Guttscheinhefte und Festplaketten in Empfang genommen hatten, wurde uns unsere Schlafstätte innerhalb der Messehalle zugewiesen.

Im großen Saal der Messehalle nahm eine großjüngige Kundgebung ihren Anfang. Der frühere Reichsinnenminister Genosse Severing war erschienen. Er richtete an die Gewerkschaftsjugend herzliche Worte zur Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen und sozialistischen Ideale. Zum Schluss der Kundgebung trat ein stark besetzter Sprechchor auf, der ein großes Werk unter kraftvollen Worten erschallen ließ. Unter den Klängen der Orgel wurde das Freiheitslied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ gesungen. Anschließend formierte sich der Fackelzug durch die Stadt. Den Beschauer bot sich ein imponantes Bild. Gleich einer riesigen Feuerschlange wälzte sich der Zug unserer begeistertsten Gewerkschaftsjugend durch die Nacht. Der Zug endete wieder auf dem Messengelände und alles ging zu den Quartieren. So verlief der erste Tag des Treffens.

Mit dem Morgengrauen des folgenden Tages wurde es schon lebendig in unserm Lager. Als um 6 Uhr das offizielle Wecken begann, marschierte schon alles frisch und munter zu den Anlegebrücken, von wo die Rheinfahrt beginnen sollte. Welch ein buntes Treiben konnte man von der Domburme aus beobachten. Da haben wir neun große Dampfer, die auf uns warteten. Unser Dampfer „Glück auf“ lag gleich als erster. Punkt 7 Uhr ertönte die Sirene des Schiffes und langsam setzte es sich in Bewegung.

Es war ein herrlicher Sonntag. Auf dem Vorderdeck wehte uns die frische Morgenluft entgegen. Mit dem Passieren der Rheinbrücke Bonn-Deutz öffnete sich das Tor des Oberheins und damit die Schönheiten des Rheinlandes. Hinter Bonn sahen wir schon das Siebengebirge, das Ziel unserer Fahrt. Vorbei ging's am Drachenfels, Rolandbogen zur Anlegebrücke von Rolands-ede. Nach vierstündiger Rheinfahrt waren wir wieder froh, marschieren zu können. Es ging nun den Rodderberg hinauf, wo uns oben ein kräftiges Mittagessen verabreicht wurde. Nachdem der Bezirksleiter, Kollege Weinger noch einige Gruppenaufnahmen gemacht hatte, verbrachten wir noch einige frohe Stunden am schönen Rhein.

Um 4 Uhr fuhr unser Schiff nach Köln zurück. Da unser Zug erst um 9 Uhr fuhr, hatten wir noch Gelegenheit die Stadt und den Dom zu besichtigen. Rechtzeitig fanden wir uns auf dem Bahnsteig ein. Beim Abschiednehmen äußerte sich jeder noch einmal über das Jugendtreffen und die schöne Fahrt und um ein freudiges Erlebnis reicher, gingen wir nach Hause. Hermann Jaska.

Flensburg. Einer Anregung der Rendsburger Kollegen folgend, wurde am 10. August ein Treffen der Rendsburger, Schleswiger und Flensburger Kollegen mit Familienangehörigen in Schleswig veranstaltet. Reichlich 40 Kollegen mit Damen sowie eine Anzahl Jungkollegen nahmen an dem vom herrlichsten Wetter begünstigten Ausflug teil. An die allgemeine Begrüßung am Schleswiger Bahnhof schloß sich ein Spaziergang, der uns die reizende Lage Schleswigs zeigte. Im Verkehrslokal wurde dann Kaffee getrunken. Hierauf folgte eine Besichtigung des Domes, dessen majestätischen Bau wir schon von außen bewundert hatten. Unter den vielen Kunstwerken, die sein Inneres zeigt, wußt der von Hans Brüggenmann geschnitzte Altar hervorgehoben werden. An demselben hat der Meister von 1514 bis 1521 mit Hilfe von 15 Gesellen gearbeitet. 40 Figuren enthält das Werk, von denen keine der andern gleicht. Aber auch für das Malerange gab's allerhand Interessantes und Belehrendes zu sehen. — An der schönen Schlei entlang ging's dann nach dem Bahnhofshotel, wo das Langbein geschwungen wurde, bis alles schnell die Stände der Abreise da war. Kollege Meffer, Schleswig, sprach herzliche Begrüßungsworte. Kollege Komme dankte im Namen der Flensburger Kollegen für den herzlichen Empfang und die angenehmen Stunden, die wir im Kreise der Schleswiger und Rendsburger Kollegen verbringen durften. Er sprach die Hoffnung aus, im nächsten Jahre die Kollegen der zwei Filialen in Flensburg begrüßen zu können. Auch Kollege Harloff dankte und betonte, daß wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit so mancher Kollege nicht hatte mitmachen können. In kernigen Worten wies er auf den 14. September, den Tag der Reichstagswahl, hin, und forderte alle Anwesenden auf, sich dafür einzusetzen, daß auch der letzte von der Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Mehrheit im Reichstag überzeugt wird.

Die schönen Stunden in Schleswig trugen zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls bei. Die anwesenden Kollegenfrauen haben nicht nur einige angenehme Stunden im Kreise Gleichgesinnter erlebt, sondern auch ein schönes Beispiel gewerkschaftlicher Solidarität gesehen, und sie sind aufs neue von der Notwendigkeit des Kampfes um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft überzeugt worden.

Güstrow. Unsere Filiale feierte am 2. August ihr 25jähriges Stiftungsfest. Der Festanschluß hatte keine Nähe gesucht, die Feier im gewerkschaftlichen Rahmen so anzuziehen, daß sie harmonisch verlief. Als Vertreter der Bezirksleitung war Kollege Baerer, Hamburg, erschienen. Die Nachbarfiliale Rostock entsandte zwei Delegierte. Die Filiale Rostock ließ die Güstrower Kollegen durch ein Glückwunschtelegramm begrüßen. Nachdem einige Konzertsätze zu Gehör gebracht waren, begrüßte Kollege Wilken die Anwesenden. Besonders gedächte er der Mitbegründer und jetzt noch tätigen Kollegen Albert Kerlikowski, Gustav Schwager und Emil Bernick. Kollege Baerer gab dann in einer Ansprache einen kurzen Rückblick seit der Gründung im August 1905 durch die jetzt verstorbenen Rostocker Kollegen Gätke und Rambow. Die damals kleine Schar hat es bald verstanden, sich Achtung und Anerkennung zu verschaffen. Ihren Bemühungen ist es gelungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse schon frühzeitig günstig zu beeinflussen. Heute steht die Filiale Güstrow fest auf den Füßen. In der Lage, allen Anstürmen, mögen sie kommen, woher sie wollen, gewachsen zu sein. Kollege Baerer appellierte ferner insbesondere an die jüngeren Kollegen, daß sie weiterarbeiten mögen auf gewerkschaftlichem Gebiet, damit unsere mühevoll aufgebaute Organisation ein noch stärkeres Bollwerk werde. Mit einem Hoch auf den Verband der Maler schloß der Referent seine Ausführungen. — Die Filiale Rostock ließ durch ihren Vorsitzenden, Kollegen Laug, einen Fahnenzug mit dem Wahlspruch: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ überreichen. Die Jugendabteilung der Filiale trug durch gut gelungene Gruppenbilder wesentlich zur Verschönerung des Festes bei. Ein flott gespieltes plattdeutsches Theaterstück brachte den ersten Teil des Festes zum Abschluß. Ihm folgte der Festball, der alt und jung in bester Stimmung zusammenhielt.

Am 6. August fand dann eine Versammlung mit anschließendem Festeffen statt, zu der auch die Frauen der Kollegen geladen waren. Auch diese Veranstaltung war gut besucht. Hier wurde im Kollegenkreis all das, was innerhalb der 25 Jahre vor sich gegangen ist, kurz in die Erinnerung zurückgerufen und die jüngeren Kollegen nochmals angefordert, ihre ganze Kraft und Stärke für den weiteren Ausbau der Organisation einzusetzen, eingedenk des Wahlspruches:

„Leicht ist die Kraft des einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte wird man niemals unterjochen!“

Berufsunfälle

Hamburg. Am 8. August erlitt der Kollege Johann Niers dadurch einen Unfall, daß sich die Scharnier-Schrauben an einer von ihm benutzten Trittleiter lösten. Die Leiter brach in sich zusammen und Kollege N. wurde an der Schulter so erheblich verletzt, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Baugewerbliches

Von der Bauhüttenbewegung.

Nachdem in diesem Jahre bereits eine größere Anzahl von Bauhütten das Fest ihres zehnjährigen Bestehens begangen haben, folgt nun auch der Verband sozialer Baubetriebe, der in unermüdlicher Arbeit die nach dem Kriegsende an vielen Orten Deutschlands gegründeten Bauproduktivunternehmen zu einer einheitlichen kraftvollen Organisation zusammenfaßte. Am 16. September 1930 sind zehn Jahre seit der Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe verfloßen. Die Feier dieses Tages wird am 26. Oktober 1930 durch eine künstlerische Vormittagsveranstaltung in der Berliner Volkshöhle begangen werden, zu deren würdiger Ausgestaltung der Arbeiterdichter Ernst Preczang, der Komponist des Deutschen Arbeitersängerbundes und die besten schauspielerischen Kräfte der Volkshöhle beitragen. Diese Feier bildet den Auftakt zum Siebenten Deutschen Bauhüttenfest, der am 27. und 28. Oktober im Memoral des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates in Berlin tagen wird.

Im Juni 1930 waren in der Bauhüttenbewegung 17 260 Arbeiter und Angestellte tätig.

Eine merkwürdige Teilübersicht bietet die 72 Seiten starke, durch 81 Abbildungen von Bauhüttenbauten belebte Sondernummer 14/15 der Sozialen Bauwirtschaft, in der über die Bauhüttenarbeit in Schlesien berichtet wird. Der Gesamtumsatz aller Bauhütten erreichte im Jahre 1929 die stattliche Ziffer von 137 650 996,12 M. Die uns vorliegenden Nummern 13 bis 16 der Sozialen Bauwirtschaft enthalten noch eine Fülle von Einzelheiten über die Entwicklung der Bauhüttenbewegung und über den Stand der Bau- und Wohnungswirtschaft im allgemeinen.

Gewerkschaftliches

Generalversammlung der Bergarbeiter.

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands hielt seine 27. Generalversammlung im Gewerkschaftshaus in Breslau ab. Die Tagung fand unter dem Schutze des furchtbaren Grabenmülls von Neurode, bei dem 151 Bergarbeiter den Tod fanden. Unter den Toten zählte der Verband 87 Mitglieder. Der Vorsitzende Hagemann erstattete in eingehender Weise den Vorstandsbericht.

Die Krisenwirkungen im Bergbau wirkten in sozialer Hinsicht katastrophal. Allein im Ruhrgebiet

wurden vom 1. Januar bis 28. Juni 1930 4 298 638 Feiertagen eingelegt. Dies brachten den davon betroffenen Arbeitern einen Lohnverlust von 43,2 Millionen Mark. Der Lohnausfall durch Arbeiterentlassungen kann auf etwa 20 Millionen Mark geschätzt werden. Stabile Verhältnisse zeigt eigentlich nur noch der Rastbergbau. Die Rationalisierung im Bergbau hat einen besonders hohen Grad angenommen, so daß es notwendig wird, hier jetzt ernstlich zu prüfen, ob eine weitere Steigerung nicht durch ihre Auswirkung im negativen Sinne auf das sozialpolitische Verhältnis der Arbeiter größer ist als durch die erhofften rein wirtschaftlichen Vorteile wieder aufgehoben wird. Der Mitgliederbestand des Verbandes betrug im 1. Quartal 1930 194 871.

Besonders scharf nahm der Vorstand auch Stellung gegen die Absichten der Unternehmer, die Löhne abzubauen. Jeglichen Versuchen in dieser Hinsicht wurde der schärfste Widerstand und Abwehrkampf entgegengestellt. Klar und deutlich wurde auch betont, daß der Kampf gegen die reaktionären Unternehmerabsichten auch ein politischer sei und die Gewerkschaften sich deshalb auf einen politischen Rückhalt schaffen müssen. Die Sozialdemokratie hat sich als die einzige zuverlässige Partei zur Förderung der Gewerkschaftsinteressen erwiesen.

Die internationalen Verhandlungen zur Regelung der internationalen Kohlenwirtschaft haben noch wenig Positives erreicht. Der Versuch, auf der letzten Genfer Konferenz über Bergbaufragen, die Schlichtzeit im Bergbau international zu vereinheitlichen, ist im letzten Augenblick gescheitert.

In einem großangelegten Referat behandelte der Vorsitzende des ADGB, Hermann Müller, die Frage der „Rationalisierung in Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Eine zu diesem Referat einstimmig angenommene Entschließung enthält den schärfsten Protest gegen die politischen Bestrebungen, die auf eine Drosselung der sozialpolitischen Aufwärtsentwicklung hincielen. Erneut wurde die Forderung auf Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in der Sozialversicherung herausgestellt. „Notwendig sei das schon deshalb, damit Deutschlands wertvollstes Gut — die Arbeitskraft — die unbedingt notwendige pflegerische Behandlung erfährt, die das Unternehmertum nicht freiwillig zu geben bereit ist.“

Die alte Verbandsführung wurde einstimmig wieder gewählt.

Ein Symbol gewerkschaftlicher Macht: Das Haus der Metallarbeiter in Berlin.

Die Einweihung des neuen Metallarbeiter-Verbandshauses am 17. August 1930 in Berlin gestaltete sich zu einem würdigen Auftakt zu dem vom 18. bis 23. August stattfindenden Verbandstag des DMV. Nachdem der vorhergehende Verbandstag die Sicherlegung des Hauptvorstandes von Stuttgart nach Berlin beschlossen hatte, galt es für die größte deutsche Gewerkschaft, dem Metallarbeiterverband, ein neues Heim zu schaffen. In 14 Monaten erstand das Werk, ein stolzer Bau in der Alten Jakobstraße, sinnvoll in der Anlage konstruiert und zweckmäßig nach den neuesten Errungenschaften der Bautechnik eingerichtet, lichtdurchflutete Zimmer und Korridore mit Linoleum belegt, die, wenn später passende farbige Ausgestaltung hinzutritt, belebende Wärme und Arbeitsfreude vermitteln.

Zur Eröffnung hatte sich eine große Zahl von Gewerkschaften und Freunden des DMV eingefunden. Vom Hauptvorstand begrüßte der Vorsitzende Brandes die Anwesenden. Er erwähnte, daß man es oft unverständlich gefunden habe, daß das Hauptquartier der größten Gewerkschaft sich in Stuttgart befinden habe. Stuttgart sei deshalb als Sitz gewählt worden, weil früher in Württemberg ein etwas demokratischer Zug geherrscht habe als in Preußen. Der Ausschuss, den der Verband in der Zeit seines Domizils in der Hauptstadt des süddeutschen Landes genommen habe, müsse man als einen großen bezeichnen. In den ersten 10 Jahren seines Bestehens sei die Mitgliederzahl auf 100 000 angewachsen. Dann könne man von einer schnelleren Entwicklung sprechen. Vor Ausbruch des Krieges habe die Mitgliederzahl mehr als 500 000 betragen. Dann sei die Resolution gekommen. Sie habe der Organisation viele Metallarbeiter zugeführt. Die Inflation und erste Zeit der Stabilisierung brachte einen Rückschlag. Jetzt wären dem Verband nahe zu eine Million Mitglieder angeschlossen, der damit nicht nur die größte Gewerkschaft Deutschlands, sondern der ganzen Welt sei. Zur Verlegung des Sitzes nach Berlin habe man sich entschlossen, weil es den Kulminationspunkt des deutschen politischen und wirtschaftlichen Lebens bilde. Das neue Heim befände sich in der Nähe des Hauptquartiers der SPD, mit der die Organisation der Metallarbeiter zusammenarbeiten wolle. Aufgabe des Vorstandes sei es, die Arbeiterschaft vorwärts zu führen und unermüdlich für den Aufstieg des Proletariats tätig zu sein. Der Architekt Mendelsohn dankte allen Mitarbeitern und bezeichnete dieses Haus als ein Symbol der machtvoll aufstrebenden Arbeiterklasse. Des ferneren sprach der Hauptkassierer Scholtz, der als Bauleiter die Aufgabe zu erledigen gehabt hatte, alle sich auf-türmenden Schwierigkeiten hinwegzuräumen.

Nach der Besichtigung vereinigten sich die Teilnehmer im Gewerkschaftshaus, wo der Vorsitzende Georg Reichel die Gäste begrüßte. Von dem Verwaltungsgedächte das Wort Goethes: „Wer recht zu wirken denkt, muß auf das beste Werkzeug halten.“ Das neue Metallarbeiterhaus ist Symbol und Ausdruck der in 40-jähriger Arbeit errungenen Machtstellung im deutschen Wirtschaftsleben. Gleich dem Metallarbeiterhaus wirkt auch die deutsche Arbeiterbewegung über ihre Zeit hinaus. Wie das Haus, so ist auch die Arbeiterbewegung aus vielgestaltigen Einzelteilen zum harmonischen Ganzen zusammengelagert worden. Der Metallarbeiterverband sei nach Berlin gekommen, um noch bessere Arbeit als bisher zu leisten. Allen Förderern der Arbeitersache werde er freundlicher Bundesgenosse sein. Scharf und unerbittlich würden diejenigen bekämpft, die sich der Entfaltung des Staates und der Wirtschaft zum Volksstaat entgegenstellten. Anschließend daran kamen eine Anzahl Gäste zum Wort.

Die gesamte deutsche Arbeiterbewegung wird in diesem neuen Verwaltungsgebäude ein Symbol zur Befreiung der gesamten Arbeiterbewegung sein.

Genossenschaftliches

Die organisierten Verbraucher als Wähler.

Die Empörung der organisierten Verbraucher über die Mißhandlung, die ihnen durch eine reaktionäre Gesetzgebung widerfahren ist, wird bei den bevorstehenden Wahlen ihren Ausdruck finden.

Die Konsumvereine sind die Unternehmungen wirtschaftlicher Selbsthilfe ihrer Mitglieder.

Konsumgenossenschaftliche Volkswirtschaft in England.

Es ist immer von besonderem Reiz, in das Wirtschaftsleben anderer Völker hineinzuschauen und davon für das Wirtschaftsleben des eigenen Volkes zu lernen.

Das Anteilskapital der Mitglieder, also deren eigenes Betriebskapital, betrug Ende 1929 nicht weniger als 2 Milliarden 207 Millionen Mark.

Der Warenumsatz belief sich auf rund 4,5 Milliarden Mark, worin aber der Umsatz der beiden Großverkaufsgesellschaften nicht enthalten ist.

Die Rückvergütung der Mitglieder ist bei durchschnittlich 10% vom Warenumsatz auf 450 Millionen Mark zu berechnen.

20 billige Bücher für den Maler.

Table listing 20 books for painters with prices, including 'Materialkunde für Maler', 'Farbenmerkbüchlein', 'ABC des jungen Malers', etc.

Verlag Fachblatt der Maler, Hamburg 36, Alter-Terrasse 10 oder durch die Filialverwaltung des Verbandes.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der englischen Konsumgenossenschaften ist evident.

Sozialpolitisches

Die hohen Preispannen müssen beseitigt werden.

Zwischen den Produktionspreisen und den Kleinhandelspreisen klafft eine breite Kluft. Ungeheure Aufschläge erfolgen durch die Weiterverarbeitung.

Das Kartellgutachten des RWK.

Die Reichsregierung hatte den Reichswirtschaftsrat gebeten, über einige grundsätzliche Fragen bezüglich der geplanten Kartellmaßnahmen Auskunft zu geben.

Die Reichsregierung hatte bei ihrer ersten Frage um die Auskunft gebeten, ob in der gegenwärtigen Wirtschaftslage die volkswirtschaftlichen Nachteile von Preisbindungen derart seien, daß man sie ganz beseitigen und nur unverbindliche Richtpreise zulassen sollte.

Die zweite Frage der Reichsregierung lautet, ob es sich empfiehlt, sobald eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig ist, diese auch auf solchen Gebieten aufzuheben, wo sie auf Grund bestimmter Verhältnisse nicht mehr aufrechterhalten werden können.

Die dritte Frage lautet unter anderem: ... empfiehlt es sich, soweit eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig ist, die Preisbindungen von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe aufzuheben?

Die vierte Frage lautet unter anderem: ... empfiehlt es sich, soweit eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig ist, die Preisbindungen von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe aufzuheben?

So genannten Markenartikeln gingen die Meinungen auseinander. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich dahin entschieden, daß der Regierung empfohlen werden solle, auf Grund ihrer Vollmachten die Preisbindungen der Verkäufe für Lebens- und Genussmittel, die in Form der Markenwaren vertrieben werden, sofort aufzuheben.

Der Reichswirtschaftsrat hat sein Gutachten erstatet. Gemäß der Zusammenfassung desselben mußte es sich naturgemäß um Kompromisse handeln. Die Gewerkschaftsvertreter haben mit aller Deutlichkeit ihre Meinung in dem betreffenden Ausschuss geäußert.

Die Hausfrau als Rassenführerin der Nation.

Da rund 60% des Einkommens durch die Ladentüren gehen, ist die Hausfrau praktisch die Rassenführerin und Treuhänderin der Nation.

Die Verfasserin hält die übersteigerte Reklame, für die 800 bis 900 Millionen Mark ausgegeben werden, als eine ungesunde Verfeinerungsquelle.

Polizei und Gerichte

rd. Versicherung gegen Unfall. Tod des Unfallverletzten infolge der durch ärztliche Behandlung verursachten Vergiftung. Ein Kunstmaler war bei einer Versicherungsgesellschaft gegen Unfall mit 20.000 M. versichert.



Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet anstrichsbedürftige Objekte an den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in Berlin!

Schutz vor Wetter und Verfall: Lack und Farbe überall

Meldekarten sind beim Filialvorstand zu haben.

ihren Versicherungsbedingungen Vergiftungen nicht als Unfälle gelten.

Indessen hatte das Oberlandesgericht Naumburg die Versicherungsgesellschaft zur Zahlung verurteilt, und das Reichsgericht hat in demselben Sinne erkannt. Der Sturz von der Mauer sei unbedingt als Unfall anzusehen. Der Verstorbene hat auch vor dem Unfall niemals an neuralgischen Schmerzen gelitten, vielmehr sind diese lediglich eine Folge des Sturzes. Die Bestimmung in den Versicherungsbedingungen, wonach Vergiftungen nicht als Unfälle anzusehen sind, ist hier nicht anwendbar; denn die Vergiftung ist ja nicht erstes Glied der Ursachenreihe, die den Tod des Verletzten hervorrief. Nach den Versicherungsbedingungen fallen Schäden bei Heilmassnahmen, die durch einen Versicherungsfall veranlaßt sind, unter die Versicherung. In diesen Heilmassnahmen haben die Veronalgaben gehört, die den Tod des Verletzten verursachten. (Reichsgericht, 20. Dezember 1929 — VII. 332. 29).

**Berichtliches**

**Künstliche Bebrütung im Altertum.**

Es ist alles schon einmal dagewesen, sagt Ben Usha. Aber das ist schon im Altertum künstliche Brutapparate für Eier von Hühnern, Gänzen und Enten gegeben hat, dürfte manchem neu sein. Und doch ist es so. Es ist nicht richtig, daß ein solcher Apparat erst eine Erfindung der modernsten Technik ist, vielmehr hatte man im alten Ägypten schon derartige Brutanlagen im Gebrauch. Aristoteles berichtet zum Beispiel, daß die alten Ägypter Kammern aus Lehm bauten, die durch in die Erde eingelassene Defen aus Ziegelsteinen einige Stunden des Tages beheizt wurden. In den Kammern wurden die Eier auf einer Strohschicht gelagert und alle fünf bis sechs Stunden gewendet. Nach einigen Tagen kamen die für gut befundenen Eier in eine andere Kammer mit höherer Temperatur, und so fort. Die Temperaturregelung war natürlich eine reine Gefühlssache, da man Thermometer noch nicht kannte. Sie geschah durch Öffnen beziehungsweise Schließen der in den Kammern befindlichen Luftklappen. Im Mittelalter ging, wie es leider mit manchen andern Dingen auch geschah, die Kenntnis von dieser praktischen Einrichtung verloren, und erst Anfang des vorigen Jahrhunderts wurden von französischen Fachleuten wieder Versuche auf diesem Gebiete angestellt. Aber dennoch vergingen fast siebenzig Jahre, bis es gelang, einen wirklich praktischen Brutapparat, der allen Anforderungen zu genügen vermochte, herzustellen. Ralf C. Reiner.

**Eine Tagung im Badeassin.**

In nächster Zeit wird in Leipzig das neue Hallenbad West, das nach modernsten Gesichtspunkten gebaut worden ist, in Betrieb genommen werden. Vorher jedoch wird es einer Versammlung von Fachleuten noch als Tagungs-ort dienen, indem das große Schwimmbecken, bevor es gefüllt wird, als Versammlungssaal benutzt wird. Diese Tagung findet statt zur Zeit der Leipziger Herbstmesse, gelegentlich des Ersten Deutschen Baudages am 3. September. Dort wird über Bau und Einrichtung von Hallen-, Frei-, Kur-, Wohnungs- und Siedlungsbauten gesprochen werden, so daß in angenehmer Weise Theorie und praktische Anschauung verbunden sind.

Der Deutsche Baudag bringt außerdem Vorträge über Abwasserreinigung, baupolizeiliche und kommunalpolitische Fragen. Eine andere Tagung am Montag, 1. September, wird sich mit den Aufgaben der Müllbeseitigung, Straßen- und Kanalreinigung befassen.

**Fachtechnisches**

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

**Angemeldete Patente.**

- Kl. 75c. R. 72 275. Apparat zur Herstellung von Metallpulver enthaltenden Pigmenten, insbesondere Anfrischfarben. Frank Rathjen Hamburg, Mittelweg 19 und Dr. Manfred Ragg, Wentorf, Holstein.
- Kl. 75d. M. 106 667. Verfahren zum Aufbringen der Grundfarbe des Holzes auf Metall zum nachträglichen Bedrucken mit Holzmalerei. Max G. m. b. H. Herstellung künstlicher Oberflächen. Berlin NW 40, Alexanderufer 4.
- Kl. 75c. P. 56 208. Verfahren zum Lackieren von Gegenständen durch Aufsprühen von Lacken in Tropfenform. Dr. Wilhelm Pip, Darmstadt, Heerdenweg 99.
- Kl. 75c. R. 50. 30. Verfahren und Vorrichtung zum Aufbewahren von Lacken. Otto Richter, Halle a. d. Saale, Große Gojenstraße 19.

**Geschäftsbericht der Malerhütte Berlin für 1929.**

Die Malerhütte Berlin, Landsberger Allee 33/39, hat auch im Jahre 1929 ihren erfolgreichen geschäftlichen Auftrieb fortgesetzt, trotzdem ein langer, strenger Winter die Arbeitsmöglichkeit behinderte, und trotz erheblich

größerer sozialer Aufwendungen, als sie in Privatbetrieben üblich sind. Das Jahr 1929 hatte mit einem Auftragsbestand von 450 000 M. und mit einer Belegschaftszahl von 230 Personen begonnen. Im Juni fiel die Belegschaft auf 428 Personen, und am Jahreschluss konnte noch eine Belegschaft von 255 Personen in das neue Jahr hinübergenommen werden. In der ersten Hälfte 1930 war ein Auftragsbestand von 640 000 M. vorhanden, fast 50 % mehr als zu Beginn 1929; im zweiten Halbjahr 1930 machte sich die schlechte Baumarktlage natürlich auch bei der Malerhütte bemerkbar. Die Lohn- und Umsatzziffern liegen nach dem Geschäftsbericht um etwa 20 %. Die Konkurrenzverhältnisse werden im Geschäftsbericht „wahrheitsgemäß“ genannt. Offenbar wird in der Privatwirtschaft die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Malerhütte gefördert. Der Bericht kann nämlich auf die wachsenden Versuche der Privatunternehmer hinweisen, vor Abgabe der Angebote mit der Malerhütte Preisvereinbarungen zu treffen, was von der Malerhütte im Interesse der Auftraggeber stets abgelehnt wird. Der Umsatz entfiel 1929 zu 77 % auf gemeinnützige, zu 12 % auf öffentliche und zu 11 % auf private Auftraggeber.

Im Stücklohn arbeiteten im vergangenen Jahre nur 12 bis 13 % der Belegschaft, nachdem 1929 die Spritzanlage nicht mehr verwendet wurde. Diese erzielten im Durchschnitt einen Mehrlohn von 15 %. Wie schon bisher, wurden auch 1929 der Belegschaft die Arbeitsanlässe gestellt; für Urlaubstage wurden 13 500 M. gezahlt oder 8650 M. über die tarifliche Verpflichtung.

Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt Arbeits- und Zinseinnahme von 468 000 M.; davon wurden für Abschreibungen rund 80 000 M., für allgemeine Unkosten rund 230 000 M., für Steuern rund 45 800 M., für Sozialausgaben rund 52 000 M. verwendet, so daß sich ein Gewinn von 60 814 M. ergab. In der Bilanz stehen laufende Schulden von 144 000 M. Forderungen von 257 000 M. gegenüber.

Der unter anerkannt guter Leitung stehenden Malerhütte wünschen wir für fernerhin guten Erfolg.

**Fachliteratur**

Münchener Kalender 1931. Herausgegeben von Professor Otto Hupp. Mit genealogischen Erläuterungen vom Oberarchivar Dr. phil. Friedrich von Klocke. Preis 3 M. Verlagsanstalt v. m. G. J. Manz in Regensburg. — Der Münchener Kalender ist wieder frühzeitig in der bekannten vornehmen Ausstattung erschienen. Jahrzehnte hindurch erscheinen diese Kalender, von einem der besten lebenden Heraldiker, Professor Otto Hupp, gezeichnet und von dem bekannten Genealogen Oberarchivar Dr. Friedrich von Klocke erläutert. Das ganze Werk wird systematisch durchgeführt und strebt dahin, mit der Zeit ein großes heraldisches Sammelwerk zu werden, das sicherlich allen Ansprüchen der interessierten Kreise entgegenkommt. Der neue Jahrgang 1931 bringt das Wappen des ehemaligen Kurfürsten, Primas und Erzkanzlers des Reiches, des Erzbischofs von Mainz, umgeben von den Wappen der Suffraganbischöfe. Weiter enthält der vorliegende Jahrgang 1931 die Adelswappen von Arz, von Voineburg, von dem Busche, von Bylandt, Flemming, von Müllenheim, von der Recke, von Saliz, von Sternfels, Lucher, von Ueberacker, von Zihewitz. Damit sind im Lauf der Jahre die Wappen deutscher Geschlechter im Münchener Kalender auf 459 gestiegen. Die Ausstattung ist auch dieses Jahr wieder in jeder Hinsicht eine typographische Glanzleistung.

**Literarisches**

Vierteljahrshefte der Berliner Gewerkschaftsschule. Herausgegeben von der Berliner Gewerkschaftsschule, Berlin SO 16, Engelauer 24/25. Preis des Einzelheftes 1 M. Jahresabonnement 3 M. — In Nr. 2 der Vierteljahrshefte der Berliner Gewerkschaftsschule beleuchtet Fritz Friede den von allen Seiten geführten Kampf gegen die „Bonzen“ und führt ihn auf das zurück, was ihm Anstoß und Grundlage gibt, nämlich auf den Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung. Der Verfasser zeigt die Wege gegen die „Bonzen“ einmal als Mittel der politischen Gegner im Kampf gegen die Arbeiterbewegung selbst. Man will die großen Organisationen schwächen und unwirksam machen, deshalb muß das Vertrauen der Masse in diese Organisationen zerstört werden. Man glaubt, dieses Ziel am besten zu erreichen, wenn es gelingt, das Vertrauen zur Führerschaft zu untergraben. Aber auch mit den Stimmen im eigenen Lager setzt sich Friede auseinander und schließt dann weiter die soziologische Bedingtheit des heutigen gewerkschaftlichen Führertums. Er behandelt weiter die Frage „Führerschaft und Bürokratie“ und kommt zu dem Schluss: Man sagt: Kampf den „Bonzen“ und meint: Kampf der Arbeiterbewegung. — Es ist notwendig, daß sich einmal eine Stimme zur Abwehr gegen die „Bonzen“ erhebt. Es wäre zu wünschen, daß dieser Artikel weiten Kreisen der Kollegen zugänglich gemacht wird. Das Heft enthält außerdem noch den Bericht der Berliner Gewerkschaftsschule für das Jahr 1929/30.

Der Beamte. Vierteljahrshefte für Beamtenrecht und Beamtenpolitik. Herausgegeben von Albert Hallenberg. Zweites Vierteljahrsheft 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes m. b. H., Berlin W 35. Bei Bezug durch den Verlag jährlich 10 M. durch die Postanstalten vierteljährlich 250 M. zuzüglich Postgebühren. — Dieses Heft bringt wieder eine Anzahl ansehnlicher Artikel, speziell beamtenpolitischen Inhalts; daneben aber auch Abhandlungen allgemeiner Art über alle wichtigen im Augenblick besonders aktuellen Fragen. Dr. Hans Hübner: Das Schlichtungsproblem als staatsrechtliches Problem. Schriftreihe des Gesamtverbandes Nr. 2.

Verlagsanstalt „Courier“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin SO 16, Michaelstraße 4. Preis des Einzelheftes 60 P., durch den Buchhandel 1 M. Im Mittelpunkt dieser aktuellen Schrift des Verfassers steht das Problem des politischen Bonzen. Schiller zeigt, wie die Fragen der Sozialpolitik, im Zusammenhang mit den allgemeinen Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Systems gesehen werden müssen, wie in der zerbombten organisierten Kapitalismusfrage der Beteiligung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine ganz neue Gestalt gewinnt. Auch den jüngsten Ereignissen der deutschen Schlichtungspolitik (Kontinuität, Frage der Schlichtungsreform) wird Stellung genommen. Die interessante Schrift kann den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft empfohlen werden.

Wahltag! Reichstagswahlen 1930. Unter diesem Titel bringt der Verlag der Gemeinwirtschaft, Jena, eine wirkungsvolle Broschüre heraus mit Beiträgen von Friedrich G. u. L. F., Hermann Fleißner, Dresden, Paul Bertram, O. A. G. u. L. F., Burg, Paul K. u. L. F., Köln, Franz F. u. L. F., Stuttgart. Die organisierten Verbraucher werden in der einbringlichen Form aufgefordert, vor ihrem Wahlrecht den richtigen Gebrauch zu machen. Die weiteste Verbreitung der Schrift vor den Wahlen ist zu wünschen.

Mein Arbeitstag — mein Wochenende. 150 Berichte von Textilarbeiterinnen. Gesamtamt und herausgegeben vom Deutschen Textilarbeiterverband, Berlin O 34, Memeler Straße 8/9. Berichte von 150 Textilarbeiterinnen sind ein Querschnitt durch die Lebensverhältnisse deutscher Textilarbeiterinnen. Die schlichten, aus gequälten Herzen kommenden kleinen Aufsätze sind eine furchtbare Anklage der heutigen unglücklichen Menschheitsmordenden Gesellschaftsordnung, ein Schrei an die Öffentlichkeit, wie freud- und tröstlos so viele deutsche Mütter unter den Sorgen und Mühen dahinvegetieren.

Der „Große Brodhaus“. Band VI (F bis Gar). In Carl Letten 26 M., bei Umtausch eines alten Verlags 23,50 M. Verlag G. A. Brodhaus, Leipzig. — Welche Entwicklung haben uns in den 30 Jahren auf dem Gebiete des Flugzeugs gebracht? Am 17. Dezember 1903 führten die Brüder Wright den ersten Motorflug aus, und es gelang ihnen, 12 Sekunden (Sekunden in der Luft zu bleiben. Heute treffen wir das Flugzeug als Verkehrsmittel in allen Teilen der Welt an, und die Geschwindigkeit, die man jetzt damit erreicht hat, beträgt 322 in der Stunde, eine ganz achtsame Geschwindigkeit. Wie es einmal mit einem Flug durch den jenseitigen Ozean des „Großen Brodhaus“ Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, taucht in dem Artikel „Fliegarbeit“ auf, der nach dem Automobilsport als Fortschritt. Wir tun einen Weg in einen modernen Betrieb, in dem am laufenden Band fabriziert wird; 16 vorzüglich ausgewählte Abbildungen geben uns ein lebendiger Eindruck darüber als ein ganzes Buch. Das erfahren wir so nebenbei, daß die „Fliegarbeit“, die wir immer als eine Errungenschaft unserer Zeit angesehen haben, bereits im Jahre 1870 in den Schatzkammern Schatzkammern angeordnet worden ist. Unter „Garage“ sehen wir, wie man sich bemüht, das Problem „Auto auch hinsichtlich der Raumfrage zu lösen. Doch zurück nach Europa. Frankreich wird überfliegen (12 Karten, viele Statistiken, Uebersichten usw. „Francia-Kunst“ mit 47 teilweise bunten Bildern). Ein neues Gebilde taucht auf: Stellen unter dem interessanten Stichwort „Falschmilde“. Ein Besuch bei einem Kunstgeschichtler unterrichtet uns über „Fälschungen in der Kunst“ (mit 28 Bildbeispielen). Die soziologischen Verhältnisse in Deutschland erscheinen in unserer „Falschmilde“. Frauenarbeit im Kulturleben (die Hilfsauswahl) das ist vortrefflich und unterrichtend; 114 Millionen erwerbsfähige Frauen zählen wir 1925 in Deutschland. Frankfurt am Main (Stadtplan), Freiburg i. Br., der Gardasee (Karte und Karte (Bild), Bilder bei der Arbeit („Falschmilde“) mit 32 Abbildungen, die deutschen Fortschritt („Falschmilde“): 10 Abbildungen; Fortschritt: 32 Abbildungen) werden überflogen. Weiter geht der Geistessprung durch alle Erscheinungen des menschlichen Lebens, die von den Buchstaben F bis Gar umspannt werden. K. M.

Vom 25. August bis 31. August ist die 35. Beitragswoche. Vom 1. Sept. bis 7. Sept. ist die 36. Beitragswoche.

**Stattliches.**

- Berlin. Am 15. August starb der Kollege Paul Wille, geboren am 10. August 1864 in Bahn.
- Dresden. Am 17. August starb unser Jubiläums-Mitglied der Kollege Ernst Schulte im Alter von 55 Jahren an Lungen-Tuberkulose.
- Düren. Am 5. August starb unser Kollege Lorenz Simon im Alter von 62 Jahren. Er war 30 Jahre Verbandsmitglied und Mitbegründer unserer Filiale. Wir verlieren in ihm einen treuen und aufrichtigen Kollegen.
- Effen. (Zahlstelle Stadbeck.) Am 7. August starb nach längerer Krankheit unser junges Mitglied Ernst Josefewitz in Freiburg i. B., im Alter von 20 Jahren.
- Hannover. Am 18. August starb unser Kollege Wilhelm Bedemann im Alter von 44 Jahren.
- Leipzig. Am 14. August starb unser Kollege Oswald Sauer, 61 Jahre alt, an Herzschlag.
- Magdeburg. (Zahlstelle Blankenburg.) Am 25. Juli starb unser Mitglied Gustav Alpermann an Herzasthma. Ehre ihrem Andenken!

**MEISTERPRÜFUNG**  
Gründliche Vorbereitung durch Fernunterricht. Ausbildung z. Geschäftsführ. Erfolg garant. Fr. Wenzel, Nannhof, Leipzig

**MALERFACHSCHULE GEESTHACHT**  
Bezirk Hamburg — Leiter: Maler Hans Holert!  
Neuzeitliche Raumgestaltung, Dekorative Malerei, Plakatkunst. Die Vorbereitung zur Meisterprüfung leitet Volkswirt Dr. rer. pol. Wendorf. Anfang des Wintersemesters 1930/31 am 15. Oktober. Anmeldungen bis 1. Oktober erbeten. Auskunft erteilt jederzeit: Hans Holert, Gr. Bergstraße 28

**LINDCAR**  
fettet auch Nähmaschinen!  
LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT  
BERLIN-LICHTENRADE  
Unternehmen der freien Gewerkschaften  
gegen kleinste Wucherraten, durch das Werk des  
Ortsausschusses des A. D. G. B.